

vorwärts

DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ■ GEGRÜNDET 1876



OLAF SCHOLZ AUF DEM
BUNDESPARTEITAG:

»ICH WILL EINEN
AUFBRUCH!«

DEMO

KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt
anmelden!

16. DEMO-Kommunalkongress

wieder digital – interaktive Zoom-Konferenz, im Internet und überall in Deutschland

11. Juni 2021

Lebenswerte Innenstädte und Ortskerne – Digitalisierung in Rat und Verwaltung

DIE KOMMUNALE FAMILIE TRIFFT SICH!

Wir veranstalten unseren DEMO-Kommunalkongress wieder digital mit hybriden Elementen: Video-Vorträgen, Livestreams sowie interaktivem Austausch auf Fachpodien und in Webinaren. Seid dabei! Wir freuen uns auf Euch!

Es erwarten Euch hochrangige und fachkundige Referent*innen, u. a.



OLAF SCHOLZ
Kanzlerkandidat der SPD
und Bundesfinanzminister



ELVAN KORKMAZ
Mitglied der SPD-Bundes-
tagsfraktion und im
Ausschuss Digitale Agenda



JULIA SAMTLEBEN
Bürgermeisterin der
Gemeinde Stockelsdorf



IRIS BOTHE
Oberbürgermeisterkandidatin,
Stadträtin für Jugend, Bildung
und Integration in Wolfsburg



MARC GROSS
Kommunale Gemein-
schaftsstelle für Verwal-
tungsmanagement (KGSt)

ANZEIGEN

vorwärts

LASST UNS EINEN WALD PFLANZEN!



**JETZT E-PAPER
WEITER-
EMPFEHLEN!**



E-PAPER LÄSST BÄUME WACHSEN.

Für je 20 neue E-Paper-Abos spendet der »vorwärts« einen Baum. Die Bäume werden in Deutschland gesetzt. Also stell Dein Print-Abo aufs E-Paper um und lass uns einen Wald pflanzen!

www.vorwärts.de/epaper-abo

THEMEN IN DIESEM HEFT



Aufbruchssignal: Auf ihrem digitalen Parteitag läutet die SPD den Bundestagswahlkampf ein.

Seite 4

LIEBE LESERINNEN
UND LESER,

es geht um Respekt. Respekt vor denen, die in der Pandemie die Fahnen hochhalten auf den Intensivstationen, in den Supermärkten oder den Altenheimen. Respekt vor unserer Umwelt und der Natur. Respekt vor den nachfolgenden Generationen und ihrer Zukunft. Respekt vor den schwächeren Ländern in der Globalisierung. Es geht um Zusammenhalt – in unserer Gesellschaft und in der Welt. Und es geht darum, unser Land wirtschaftlich fit zu machen für eine faire Globalisierung und Digitalisierung. Um all das geht es Olaf Scholz.

Der SPD-Kanzlerkandidat hat in seiner Rede auf dem digitalen Bundesparteitag überzeugend darlegt, wie er Deutschland sozialer und die globale Wirtschaft fairer machen will. Zum Beispiel mit 400.000 neuen Wohnungen jährlich, 100.000 davon im sozialen Wohnungsbau oder mit mehr als 12 Euro Mindestlohn. Olaf Scholz hat einen Plan sowie die Erfahrung und Kompetenz, das Land und Europa gut in das Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung zu führen.

Es kommt bei der Bundestagswahl wesentlich darauf an, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren führen wird. Denn die 20er Jahre werden entscheidend sein für künftige Sicherheit und Wohlstand.

Die Delegierten daheim an ihren Bildschirmen hat der Kanzlerkandidat eindeutig hinter sich. Und auch der DGB hat diese sozialdemokratische Politik so deutlich begrüßt und unterstützt wie lange nicht mehr. Für die SPD hat nun die Aufholjagd begonnen. Eins muss dabei klar sein: Eine progressive Politik im Interesse unseres Landes und Europas geht nur mit einer Mehrheit jenseits der Union. Und diese ist nur mit der SPD zu erreichen.

Jetzt liegt es an jedem und jeder von uns, für einen Kanzler Olaf Scholz und eine starke SPD zu kämpfen. ■

Herzlich, Ihre

Karin Nink
Chefredakteurin

TITEL

- 4 »DAS IST MEIN LEITBILD FÜR DEUTSCHLAND«
Wie Olaf Scholz das Land zukunftsfest machen will
- 5 SOLIDARISCH UND DIGITAL FÜR SPD-ZIELE
STREITEN – Parteitag beschließt Zukunftsprogramm
- 6 »JETZT KANN DER WAHLKAMPF BEGINNEN«
Interview mit SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz

AKTUELL

- 8 PFLEGE GUT UND GERECHT FINANZIEREN
Die Pläne der SPD
- 9 DIE RECHTEN LEISER MACHEN
Aktionen gegen rechts
- 10 SPD FREUT SICH: RÜCKENWIND AUS KARLSRUHE
Das Urteil zum Klimaschutz
- 11 »WIR NUTZEN JETZT DIE CHANCE« – Umwelt-
ministerin Svenja Schulze und ihre Klimaschutzpläne
- 12 SOZIS WOLLEN IN BRISANTER WAHL GEWINNEN
Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

PARTEI LEBEN!

- 13 GANZ PERSÖNLICHES PROGRAMM
Das Zukunftsprogramm der SPD zur Wahl 2021
- 14 IN DEISSLINGEN HABEN SIE ES GERNE
SCHRIFTLICH – Das Ortsvereins-Porträt
- 16 REZEPTE ZUM ERFOLG – Die SPD-Bundestags-
kandidatin Verena Hubertz im Porträt
- 17 »ICH KONNTE DOCH NICHT ANDERS«
Lotte Nimser feiert ihren 100. Geburtstag

WIRTSCHAFT

- 22 MEHR FAIRNESS UND SICHERHEIT IM ARBEITS-
LEBEN – Schluss mit sachgrundlosen Befristungen

KULTUR

- 23 PRINZIP HOFFNUNG – Kultur-Festivals in der
Corona-Pandemie
- SOPHIE SCHOLL AUF INSTAGRAMM – Zum 100.
Geburtstag der NS-Widerstandskämpferin

HISTORIE

- 24 EIN ECHTES JAHRHUNDERTWERK – Vor 40 Jahren:
Die SPD setzt die Künstlersozialkasse durch
- 25 WER WAR'S? – Historisches Bilderrätsel

KOLUMNEN

- 20 GLOBAL GEDACHT – Rafael Seligmann
- 21 UNSER EUROPA – Kay Walter
- 26 DAS ALLERLETZTE – Martin Kaysh



Verena Hubertz: Sie will in den Bundestag

Seite 16

- 18 BUNDESTAGSFRAKTION
- 19 LESERBRIEFE
- 20 IN KÜRZE
- 24 IMPRESSUM
- 25 RÄTSELSEITE



Redaktionsschluss 10. Mai 2021

Die aktuelle vorwärts-Ausgabe 3/2021 mit EVT 15. Mai 2021 wird wegen der derzeitigen Corona-Lage und Himmelfahrt in einigen Bundesländern von der Post möglicherweise erst später ausgeliefert werden.

BONUS-INHALTE IM E-PAPER

- »Es kann nicht allein um Verzicht gehen«
Video-Gespräch über die Klimapolitik der SPD
- Was die SPD von Start-ups lernen kann
Video-Interview mit Bundestagskandidatin Verena Hubertz



Klimaschutz statt Kohlenutzung: Die Pläne der SPD Seite 10

PARTEITAG

» Ich möchte eine Regierung anführen, die unser Land nach vorne bringt. «

Olaf Scholz

»DAS IST MEIN LEITBILD FÜR DEUTSCHLAND«

SPD-KANZLERKANDIDAT In seiner Bewerbungsrede sagt Olaf Scholz, wie er das Land in die Zukunft führen will – und macht den Wählern ein Angebot

Von Kai Doering



Deutschland fit für die Zukunft machen: SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz

Am Ende gibt es doch noch Applaus. Eine Dreiviertelstunde hat Olaf Scholz gesprochen, ohne, dass jemand geklatscht hätte. An dem, was Scholz gesagt hat, hat das nicht gelegen. Im Gegenteil. Auf Twitter und Facebook gab es jede Menge zustimmende Kommentare, im Livestream auf spd.de flogen die Herzen, die die Zuschauer per Klick auslösen konnten, im Sekundentakt. Nur in der Halle auf dem Berliner Messegelände, wo Scholz beim ersten digitalen Bundesparteitag seine Bewerbungsrede als Kanzlerkandidat der SPD hält, ist außer einigen Mitarbeitern und der Parteispitze niemand, der ihm applaudieren könnte.

Als dann um kurz nach halb fünf die Delegierten des digitalen Parteitags hinter Scholz auf der Videowand auftauchen und klatschen, strahlt er. Vieles ist anders in Zeiten der Coronapandemie. Das macht Olaf Scholz auch in seiner Rede deutlich. „In dieser Pandemie haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Großes geleistet. Und sie leisten immer noch Großes – Tag für Tag“, betont er gleich zu Anfang. Zugleich habe die Situation erbarungslos ans Licht gebracht, was alles im Argen liegt in Deutschland. „Aus den

Erfahrungen müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen – und zwar ganz grundsätzlich“, fordert Scholz.

„Ich möchte eine Regierung anführen, die unser Land nach vorne bringt. Eine Regierung, die sich etwas vornimmt“, sagt er. Jetzt gehe es darum, die Weichen für die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts und darüber hinaus zu stellen. „Wir wollen das Land in die Zukunft führen. Und wir wissen, was es dafür braucht“, unterstreicht Scholz. Wenige Minuten zuvor hat der Parteitag das Programm für die Bundestagswahl, das Zukunftsprogramm, fast einstimmig beschlossen. Nun greift Scholz noch mal einzelne Punkte heraus.

Eine Gesellschaft des Respekts

„Den Mindestlohn von 12 Euro werde ich in meinem ersten Jahr als Bundeskanzler durchsetzen“, verspricht er. Ebenso werde er eine Kindergrundsicherung einführen. „Kein Kind soll mehr in Armut aufwachsen“, fordert Olaf Scholz. Den deutschen Sozialstaat will er „zu einem der besten Sozialstaaten auf der Welt“ machen. Und auch das Problem steigender Mieten will Olaf Scholz als Bundeskanzler sofort angehen. „Ich will, dass wir wieder mindestens 400.000

neue Wohnungen pro Jahr schaffen, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau“, so sein Ziel.

All das sei für ihn Ausdruck von Respekt gegenüber den Menschen in Deutschland. „Eine Gesellschaft des Respekts – das ist mein Leitbild für Deutschland“, sagt Scholz. Es dürfe nicht sein, dass sich manche für etwas Besseres hielten. Nur eine Gesellschaft des Respekts kann dafür sorgen, dass „unser Land die Zukunft bestehen kann“. Den Wählerinnen und Wählern macht Olaf Scholz an diesem Nachmittag ein Angebot: „Wenn ich Bundeskanzler bin, dann sollen mich die Bürgerinnen und Bürger an einer Zielgröße messen: Wird unser Land im Jahrzehnt bis 2030 ein besseres Land geworden sein?“

»Ich kann das«

Dafür hat Scholz bereits Anfang des Jahres vier „Zukunftsmissionen“ festgelegt: Mobilität, Klima, Digitalisierung und Gesundheit. Diese finden sich auch im Zukunftsprogramm wieder. Als Bundeskanzler will er sie zu seinen „persönlichen Anliegen machen“. „Auf den Kanzler kommt es an“, zitiert Olaf Scholz schließlich sogar noch einen alten Slogan der CDU. Kurt Georg Kiesinger ist damit 1969 in die Bundestagswahl gezogen. „Das gilt jetzt wieder. Das gilt jetzt



Niemand soll sich für etwas Besseres halten: Olaf Scholz fordert mehr Respekt.

mehr denn je“, sagt Scholz. „Ich bewerbe mich für das Amt des Bundeskanzlers, weil ich überzeugt bin: Ich kann das.“

Das sieht auch der Großteil der 600 Parteitagsdelegierten so. Mit 96,2 Prozent machen sie Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten. Und den digitalen Applaus von der Video-Wand gibt es noch dazu. ■



JANA BERTELS

Landesverband Berlin

SICHERHEIT FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Ich schätze am Zukunftsprogramm besonders einen Bereich, der mir lange in der Politik der SPD gefehlt hat: Das ist die Absicherung von Selbstständigen und Solo-Selbstständigen. Das ist total wichtig, damit die Menschen auch einen Wechsel zwischen verschiedenen Erwerbsformen wagen. ■



1 | Der Bundesparteitag im Rampenlicht. 2 | Gespräch auf Distanz: Generalsekretär Lars Klingbeil, Fraktionschef Rolf Mützenich, die Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken (v.l.). 3 | Das Parteitagspräsidium dirigiert auch die Technik. 4 | Umweltministerin Svenja Schulze in der Debatte.

SOLIDARISCH UND DIGITAL FÜR SPD-ZIELE STREITEN

ZUKUNFTSPROGRAMM Auf dem digitalen Parteitag beschließen die Delegierten das Wahlprogramm und geben den Startschuss für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner *Von Benedikt Dittrich*

Große Bühne, große Halle, Live-Übertragung – mit diesen Zutaten ist es noch ein gewöhnlicher Bundesparteitag der SPD. Doch dass die Delegierten per Video applaudieren, im CityCube auf dem Berliner Messegelände vor allem Personal ein und aus geht, das zeigt dann doch: Der Parteitag inmitten der Pandemie, auf dem die SPD ihr Zukunftsprogramm beschließt und den Bundestagswahlkampf einläutet, ist alles andere als gewöhnlich.

Dennoch bleibt die inhaltliche Auseinandersetzung auch digital nicht auf der Strecke. Da ist zum Beispiel die Debatte über die verschärften Klimaziele, über die unter anderem die Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch und Nina Scheer diskutieren. Oder die Frage, wie soziale Wohnungspolitik auf Bundesebene möglich wird, wozu sich Parteivize Kevin Kühnert zu Wort meldet.

Und natürlich überschattet die Pandemie auch inhaltlich den Parteitag. Ein Initiativantrag der Jusos findet noch Eingang in das Zukunftsprogramm: Die SPD stellt sich damit an die Seite derjenigen, die den globalen Kampf gegen Covid-19 aufnehmen wollen. Dafür dürfe auch der Patentschutz kein Hin-

dernis sein, heißt es unter anderem in dem Beschluss, über eine stärkere Unterstützung der globalen Impfinitiative „Covax“ für zusätzliche Milliarden Euro für den globalen Süden sowie Vakzine für die ärmeren Länder auf der Welt.

Auch auf Distanz solidarisch

Eine Perspektive, auf die auch Außenminister Heiko Maas mit seinem Plädoyer für Europa abzielt. „Viele Aufgaben sind nicht mehr national lösbar“, so Maas. Er erinnert zusammen mit dem Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans daran, dass die SPD Europa seit jeher als Projekt für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand begreift. Entsprechend ist Europa ein eigenes Kapitel im Zukunftsprogramm gewidmet, und es zieht sich auch wie ein roter Faden durch die übrigen Kapitel.

Am Ende stimmen mehr als 99 Prozent der Delegierten für das Zukunftsprogramm. Doch es ist nicht nur das Ergebnis, dass die Entschlossenheit der Partei symbolisiert, es sind auch die Redebeiträge, die zeigen, wofür sich die SPD wieder starkmacht. So zeigen sich gleich mehrere Genossinnen und Genossen auf digitalem Weg mit Frank Ullrich solidarisch, der in Südhthüringen gegen den Einzug des rechtspopulistischen

Hans-Georg Maaßen in den Bundestag kämpft. Und im Grußwort des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann schwingt mit: Ohne die Sozialdemokratie in der Regierung wäre Deutschland deutlich schlechter durch die Krise gekommen. „Der Sozialstaat hat den Stresstest bestanden“, sagt er und ist sich sicher, dass Kurzarbeitergeld, Kinderkrankentage und Konjunkturpaket ohne SPD deutlich schlechter ausgefallen wären.

Gutes Klima nur mit guter Arbeit

Oder dass effektiver Klimaschutz mehr ist als der Ausbau von Windkraft und Solarenergie. Als Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Arbeitsminister Hubertus Heil das Wort ergreifen, wird klar: Arbeitskampf und Kampf gegen den Klimawandel gehören zusammen. „Zu gutem Klima gehört gute Arbeit“, sagt Schulze mit Blick auf Tariflöhne und betriebliche Mitbestimmung, Hubertus Heil will „Innovationssprünge“ bei nachhaltigen Technologien unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern.

„Kurz, aber nicht dünn“, fasst der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans das Wahlprogramm zusammen, vor allem sei es verständlich und erklärbar. Wie das möglich wurde, daran erinnert die Co-Vorsitzende Saskia Esken: In monatelangen Debatten, in unzähligen Online-Formaten sowie beim Debattecamp im Dezember hatten sich Genossinnen und Genossen beteiligt. „Wir können mit Stolz sagen: Wir haben geschafft, was wir uns vorgenommen haben“, unterstreicht Esken.

Formate, die womöglich den Ablauf des digitalen Parteitags auch maßgeblich unterstützten. Denn am Ende müssen die Delegierten über vergleichsweise wenige Änderungsanträge entscheiden. Deswegen ergänzt Esken in Richtung der Tausenden, bereits seit Monaten aktiven Parteimitglieder: „Danke an alle, die sich eingebracht haben!“ ■



SVEN WIEDUWILT

Delegierter aus dem Bezirk Hannover

MEHR RESPEKT FÜR KINDER

Ich freue mich, dass unsere Partei, die Kindergrundsicherung in das Zukunftsprogramm mit aufgenommen hat. Es wäre ein wichtiger Punkt, sie in der nächsten Wahlperiode in die Politik einfließen zu lassen, um auch Kindern und Jugendlichen zu zeigen, es geht auch um Respekt für euch. ■



MARLEN LAURIEN

Delegierte aus dem Landesverband Bayern

WIR SIND TEIL DER LÖSUNG

Ich finde es genial, dass wir nicht mehr den Problemen hinterherjagen, sondern mit unserem Programm in die Zukunft schauen und ein Bild malen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir sind mit diesem Programm Teil der Lösung und nicht des Problems. Das gefällt mir. ■

Was im Zukunftsprogramm steckt: vorwaerts.de/zukunftsprogramm



Klimaschutz, Mobilität, Digitalisierung und Gesundheit – das sind die Zukunftsthemen, die Olaf Scholz als Bundeskanzler voranbringen will.

»JETZT KANN DER WAHLKAMPF BEGINNEN«

OLAF SCHOLZ Der SPD-Kanzlerkandidat freut sich, dass die Zeit des Schattenboxens vorbei ist. Nun setzt er auf einen Wettbewerb um die besten Ideen und möglichst viele persönliche Kontakte

Interview Karin Nink und Kai Doering

INTERVIEW

Sie sind nun offiziell als Kanzlerkandidat der SPD nominiert.

Wie fühlt es sich an, nicht mehr „designiert“ zu sein?

Ich bin froh, dass es nun losgeht. Der Parteitag hat gezeigt, was sich in den vergangenen Monaten bereits abgezeichnet hat: Die SPD geht konzentriert und geschlossen in diesen Wahlkampf. Auf dem Parteitag haben wir unser Programm beschlossen, das sehr konkrete Antworten auf die großen Fragen der Zeit gibt, wie wir mehr Respekt und Anerkennung für die ganz unterschiedlichen Lebensleistungen der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und wie wir neben dem sozialen auch den technologischen Fortschritt voranbringen, bei Digitalisierung, Klimaschutz, Mobilität und Gesundheit.

Und ich freue mich über die große Unterstützung der Mitglieder. Jetzt kann der Wahlkampf beginnen.

Nachdem Sie lange allein im Ring gestanden haben, stehen seit einigen Wochen auch Ihre Gegenkandidaten fest. Hat die Auseinandersetzung damit nun richtig begonnen?

So sehe ich das – das Schattenboxen ist vorüber. Es war richtig, dass wir die Kandidatenfrage frühzeitig geklärt haben. Anders als die Union konnten wir uns in den vergangenen Monaten darauf konzentrieren, verantwortungsvoll zu regieren und parallel dazu unseren Plan für die Zukunft zu entwerfen. Jetzt ist mein Zukunftsplan fertig und ich freue mich darauf, ihn mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Das ist mein

Verständnis von Wahlkampf: Ein Wettbewerb um die besten Ideen für unser Land.

Sie kandidieren nicht „nur“ um das Kanzleramt, sondern auch als Direktkandidat in Ihrem Wahlkreis in Potsdam. Auch Annalena Baerbock tritt dort an.

Ich wohne seit Jahren in Potsdam, im Wahlkreis 61. Für mich ist es immer wichtig gewesen, dort meinen Wahlkreis zu haben, wo ich lebe, um sicherzustellen, dass ich auch präsent sein kann. Die Arbeit im Wahlkreis ist konkret – man kommt direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch und packt Probleme an, deren Auswirkungen man unmittelbar spürt. Darum geht es in der Politik, darum geht es mir: Probleme zu lösen. Zuletzt hat Manja Schüle den Wahlkreis

direkt gewonnen, das habe ich jetzt auch wieder fest vor.

Beschäftigt man sich im Wahlkampf überhaupt viel mit den Kandidierenden der anderen Parteien?

Nein, das ist die Hauptaufgabe der Medien. Ich führe einen positiven Wahlkampf mit guten Ideen für unser Land.

Zurück zu den Themen: Wieso nimmt der Klimaschutz im Zukunftsprogramm der SPD so viel Platz ein?

Der Klimawandel ist eine Tatsache. Zu den größten Herausforderungen der 20er Jahre gehört es, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten. Das ist eine Frage von richtigen Weichenstellungen und eine Frage von Gerechtigkeit. Die Kosten für den Klimaschutz dürfen nicht einseitig denen aufgebürdet werden, die wenig Geld haben und wenig Chance haben, mit dem Kauf einer neuen Heizung oder eines umweltfreundlicheren Autos ihren CO₂-Ausstoß zu verringern. Den Weg in eine klimaneutrale Zukunft müssen alle mitgehen können. Es geht auch ums gesellschaftliche Klima.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat das Thema auch öffentlich wieder in den Mittelpunkt gerückt. Was muss jetzt beim Klimaschutz passieren?

Beim Klimaschutz haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Etwa zwei Drittel unseres Stroms wollen wir bis 2030 aus erneuerbaren Quellen beziehen. Bis 2045 wollen wir komplett klimaneutral sein. Dafür müssen wir jetzt die zentralen Entscheidungen treffen, was den Ausbau von Windkraft an Land und auf See, den Ausbau von Solaranlagen angeht. Mal eine Zahl: Um die Ziele zu erreichen, müssen wir nun jedes Jahr fast 1.000 neue Windkraftanlagen bauen – viel mehr als bisher. Es geht also längst nicht mehr darum, nur abstrakt für Klimaschutz zu sein. Sondern tatsächlich etwas für den Klimaschutz zu tun. Solche Projekte gehen selten ab ohne Konflikte, etwa mit Bürgerinitiativen vor Ort. Wer sich aber vor so etwas drückt, um ja niemanden zu verschrecken, bekommt nichts zustande. Deutschland braucht jetzt eine neue Regierung unter Führung der SPD, die tatkräftig die Entwicklung der Infrastruktur vorantreibt.

Es fällt auf, dass Sie CDU und CSU seit einiger Zeit schärfer attackieren. Warum?

Weil es zum Verzweifeln ist, wie die Union die Zukunft unseres Landes durch ihr Zaudern und Zögern aufs Spiel setzt. Ich bin überzeugt: Eine weitere von der Union geführte Regierung würde Deutschland Arbeitsplätze, Wachstum und technologische Leistungsfähigkeit kosten. In den vergangenen Jahren hat die CDU zu viel auf die Töpfchen-Politik gesetzt: Es wurden Reden gehalten, die

»
Ich habe eine präzise Vorstellung davon, was in Deutschland jetzt passieren muss.«

Olaf Scholz

irgendwie nach Ludwig Erhard klingen, und Fördertöpfe in die Landschaft gestellt. Alles andere sollte sich von allein ergeben. Das reicht aber nicht. Wenn private Unternehmen die Verantwortung für eine öffentliche Infrastruktur übernehmen wie z.B. beim Mobilfunk, muss der Gesetzgeber sehr klar vorgeben, welche Qualität er erwartet. Und man muss Verträge verhandeln, die das glasklar regeln. Da war man in den vergangenen Jahrzehnten, auch aufgrund mächtigen Drucks der Lobbyisten, oft nicht klar genug. Das gilt für die Mobilfunknetze, den Breitbandausbau und die Stromnetze. Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich mit dem Versprechen, die nötige Modernisierung der Infrastruktur des Landes zu meiner persönlichen Mission zu machen.

Mit Ihren „Zukunftsgesprächen“ sind Sie gerade digital im ganzen Land unterwegs. Was bewegt die Menschen, mit denen Sie sprechen?

Das ist ganz unterschiedlich, aber immer interessant. Seit Februar habe ich virtuell in unzählige Wohn- und Arbeitszimmer geguckt – an zwei bis drei Abenden in der Woche. Ich war im Allgäu, in Mannheim, in Halle oder auch in Flensburg. Ob wir über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder den Bau von Radwegen sprechen, hängt natürlich davon ab, ob ich auf dem Land oder in der Stadt zu Besuch bin. Davon abgesehen ist es nicht überraschend, dass die Corona-Krise und alle damit verbundenen Fragen viele sehr umtreibt.

Und was antworten Sie darauf?

Dass wir auf einem guten Weg sind und das Ziel in Sicht kommt. Die Impf-

kampagne nimmt deutlich an Fahrt auf und auch die breit ausgebauten Testkapazitäten zahlen sich aus. Das sind gute Nachrichten. Und so langsam rückt der Gedanke an den Sommerurlaub und an größere Familientreffen näher. Die großen Finanzhilfen, die wir auf den Weg gebracht haben, bringen unser Land wirtschaftlich ganz ordentlich durch die Krise, obwohl Corona natürlich auch eine Belastung ist. Der Konjunktur-Knick ist schwächer ausgefallen als viele befürchtet hatten. Zugleich gehen wir sorgsam mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um – die Staatsfinanzen sind solide. Nach dieser Krise werden wir weniger Schulden haben im Vergleich zu unserer Wirtschaftsleistung als alle anderen G7-Staaten vor der Krise. Klar ist für mich auch: Wir dürfen jetzt nicht knausern und damit die Zukunft unseres Landes aufs Spiel setzen. Die Ausgaben für Investitionen müssen wir weiterhin auf Rekordniveau halten – und auch beim Sozialstaat dürfen wir nichts abknapsen, der hat uns gut durch diese schwere Zeit gebracht.

Werden Sie vor der Wahl auch noch persönlich durchs Land reisen können?

Das hoffe ich doch sehr. Uns allen fehlt doch der direkte Austausch. Wir haben uns zwar zum Glück an die digitalen Formate gewöhnt, aber ich ziehe das persönliche Gespräch und den direkten Kontakt allemal vor. Daraus ziehe ich sehr viel für meine praktische Politik.

Ein gutes Jahr Corona-Pandemie liegt hinter uns, eine Zeit, in der Sie als Finanzminister besonders gefragt waren. Wie motivieren Sie sich, nun noch einen anstrengenden Bundestagswahlkampf zu absolvieren?

Es geht um sehr viel – für unser Land, für die Bürgerinnen und Bürger. Für die Corona-Krise gilt wie für den Wahlkampf: Es ist ein Marathon-Lauf. Und so halte ich es auch für mich. Ich gehe regelmäßig joggen. Das hilft mir gut, den Kopf frei zu bekommen. Am Wochenende versuche ich, immer ein paar Stunden für mich zu haben – und ich koche gerne mit meiner Frau.

Wer kocht für wen?

Da wechseln wir uns ab, ganz nach Lust und Laune.

Sie waren SPD-Generalsekretär, Erster Bürgermeister in Hamburg, Bundesminister in verschiedenen Funktionen und Vizekanzler. Was reizt Sie an der Aufgabe als Bundeskanzler?

Ich habe eine präzise Vorstellung davon, was in Deutschland jetzt passieren muss. Und meinen Zukunftsplan möchte ich umsetzen, entschlossen und zielstrebig. Unser Parteitag hat den Start des Wahlkampfs markiert, das Ziel ist klar: am 26. September das Kanzleramt zu erobern. ■



Kanzlerkandidat Olaf Scholz: „Wir dürfen jetzt nicht knausern.“

WIE SICH PFLEGE GUT UND GERECHT FINANZIEREN LÄSST

PFLEGE Niedrige Löhne, viel Arbeit und viel Stress für Pflegende – damit will die SPD Schluss machen. Und auch Pflegebedürftige sollen profitieren

Von Vera Rosigkeit

Nur Beifall klatschen reicht nicht! Für Olaf Scholz scheint es vielmehr so, als habe das bei vielen Beschäftigten in der Pflege zu zwiespältigen Gefühlen geführt, da die Konsequenzen für den Arbeitsalltag ausgeblieben seien. Das sagt der Kanzlerkandidat beim SPD-Zukunftsgespräch Pflege im April.

Dabei steht gute Bezahlung in der Pflege für die SPD nicht erst seit der Corona-Pandemie auf dem Programm, sondern war bereits im Koalitionsvertrag im Bund vereinbart. Um die Bedingungen für die rund 1,2 Millionen Beschäftigten der Altenpflege möglichst schnell zu verbessern, legte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil 2019 ein „Pflegehöhergesetz“ vor, das ein deutliches Anheben der Pflege-Mindestlöhne zur Folge hatte. Für Heil jedoch nur ein erster Schritt. Sein gleichzeitiges Bemühen, einen von ver.di mit dem Arbeitgeberverband BVAP geschlossenen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären, scheiterte im Februar am Nein der Caritas.

Heil legte nach und machte sich gemeinsam mit Scholz stark für ein Pflege-Tarif-Treuegesetz. Ihre Forderung: Mit dem Geld aus der Solidarkasse der Pflegeversicherung sollen künftig nur noch Altenpflegeheime finanziert werden, die einen Tarifvertrag haben. Ihr Erfolg: Wenige Tage später reagierte CDU-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mit einem Entwurf, der an ein laufendes Gesetzgebungsverfahren angehängt werden soll. Ab Juli 2022 sollen nur noch Pflegeeinrichtungen zugelassen sein, die nach Tarifverträgen oder tarifähnlich bezahlen. Was genau Spahn unter „tarifähnlich“ versteht, ist bislang ungeklärt.

Mehr Personal pro Patient

Auch geht es nicht nur um mehr Gehalt. Zu einer Aufwertung der Berufe in der Pflege gehört laut SPD-Wahlprogramm auch, die Arbeits- und Stressbelastung zu senken. Dazu zählen etwa verbindliche Arbeits- und Ruhezeiten sowie Arbeitszeitmodelle, die mehr Vollzeitbeschäftigung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.



Stressjob Pflege: Die Arbeitsbelastung ist so hoch, dass die durchschnittliche Verweildauer in der Krankenpflege bei nur noch siebeneinhalb Jahren liegt.

Mit ihren Plänen greift die SPD auf Erfahrungen von Beschäftigten wie beispielsweise dem Gesundheits- und Krankenpfleger Alexander Jorde oder der Bundestagsabgeordneten und examinierten Fachpflegekraft Claudia Moll zurück, die ihren Beruf als toll, aber gesundheitlich als sehr belastend beschreiben. So belastend, dass die durchschnittliche Verweildauer in der Krankenpflege bei nur noch siebeneinhalb Jahren liege, betont Jorde.

Denn es fehlt an Personal und nur mit genügend Kolleginnen und Kollegen lässt sich würdevolle Pflege leisten, heißt es dazu im Pflegebeschluss, den der Parteivorstand auf einer Sitzung am 8. Mai angenommen hat: „Wir brauchen mehr Personal pro pflegebedürftigem Menschen!“ Deshalb will die SPD den Flickenteppich unterschiedlicher Personalschlüssel und -kennzahlen durch eine „einheitliche, wissenschaftlich basierte, bedarfsorientierte Personalbemessung in allen Pflegebereichen“ ersetzen. Zugleich will sie für mehr Mitbestimmung und eine bessere Vertretung der Beschäftigten sowie für

mehr Durchlässigkeit zwischen den Berufen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten sorgen. Fortbildungen und Pflegestudiengänge sollen ebenso gefördert werden wie eine gezielte Unterstützung ausländischer Pflegefachkräfte für eine nachhaltige Integration.

Bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter sind jedoch nicht umsonst zu haben. Darauf verweist Olaf Scholz, wenn er sagt: „Wenn wir mehr Personal wollen, wird das auch etwas kosten. Diese Wahrheit muss ausgesprochen werden.“ Und diese Kosten sollen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen. Im Gegenteil will die SPD den Eigenanteil für die Pflegekosten von Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen deckeln und einen grundlegenden Wechsel in der Pflegeversicherung einleiten: Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung sollen begrenzt werden, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen.

Die Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens ist überzeugt, dass sich „Pflege gut und solidarisch gerecht“ finanzieren lässt, allerdings müsse man ein „paar Dinge anders strukturieren“, sagt sie beim Zukunftsgespräch. Wenn etwa die Kosten der medizinischen Behandlungspflege wieder von der Krankenversicherung übernommen werden, könnte die Pflegeversicherung entlastet werden. Und natürlich braucht es einen Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung, denn „Pflegebedürftigkeit darf nicht Armut und Abhängigkeit von der Sozialhilfe bedeuten“.

»Einnahmeseite verbreitern«

Perspektivisch ist für die SPD die Weiterentwicklung der „sozialen Pflegeversicherung“ der nächste notwendige Schritt. Dazu heißt es im Pflegebeschluss der SPD: „Wenn alle Einkommensgruppen, auch Beamte, Beamtinnen und Selbstständige, in die gesetzliche Pflegeversicherung einzahlen, verbreitern wir ihre Einnahmeseite erheblich.“ Damit würde für die SPD auch die unsolidarische Risikostruktur beseitigt: Denn weil die private Pflegeversicherung Versicherte mit wesentlich höheren Einkommen und geringerem Krankheits- und Pflegerisiko versorgt, habe sie pro Versichertem deutlich geringere Ausgaben als die soziale Pflegeversicherung. „So hat die private Pflegeversicherung mittlerweile über 39 Milliarden Euro Rücklagen angesammelt – Geld, das nicht für die Verbesserung der Pflege eingesetzt wird. Die Pflegebürgerversicherung ermöglicht es, eine solidarische Vollversicherung einzuführen und den Eigenanteil für Pflegeleistungen abzuschaffen.“ ■

REFORM

» Wir wollen eine Pflegebürgerversicherung. «

Heike Baehrens,
Pflegebeauftragte der
SPD-Bundestagsfraktion

Mehr Infos rund um das Thema Pflege unter vorwaerts.de/pflege

DIE RECHTEN LEISER MACHEN

LAUT GEGEN NAZIS Die in Hamburg gegründete Initiative schafft seit 2004 Öffentlichkeit gegen Rechtsextreme

Von Jonas Jordan

Ich komme aus einer Nazi-Familie“, sagt Jörn Menge, der Kopf hinter der Hamburger Initiative „Laut gegen Nazis“. Sein Vater war Sozialdemokrat, sein Opa hingegen überzeugter Nationalsozialist, der auch Jahrzehnte nach Kriegsende noch mit Gräueltaten aus der NS-Zeit prahlte. Weitere hochrangige SS-Leute gehörten zu seiner Familie. Daraus erwuchs Menges großer Antrieb, sich aktiv gegen rechtsextremistische Tendenzen zu stellen. Seit 2004 tut er das für „Laut gegen Nazis“.

2004 war zugleich das Jahr, in dem die rechtsextreme NPD nach der Wahl in Sachsen erstmals seit 1972 mit 9,2 Prozent wieder in einen deutschen Landtag einzog. Entsprechend spielte die Partei in der Arbeit der Initiative anfangs eine große Rolle, auch durch den Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. „Das waren diejenigen, die dieses Gedankengut immer wieder in die Gesellschaft haben schwappen lassen“, sagt Menge.

Nazis stoppen

Es nütze nichts, Nazis als Spinner abzutun, warnt er. Denn sie würden trotzdem die Mitte der Gesellschaft erreichen, wie aktuell beispielsweise bei den Demonstrationen von Querdenkern zu sehen sei. Die Strategie von „Laut gegen Nazis“ fußt daher seit der Gründung vor 17 Jahren darauf, genau dort hinzugehen, wo Rechtsextreme stark sind und dort gemeinsam mit Prominenten wie dem Schauspieler Peter Lohmeyer oder Smudo von den Fantastischen Vier für Öffentlichkeit zu sorgen. „Wir haben immer gesagt, wir wollen die rechtsextreme Szene auch provozieren“, sagt Menge. Und die Öffentlichkeit schütze dabei: „Wenn Leute sich zusammenschließen, werden die Nazis leiser.“

Die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative funktioniert aktuell durch die Corona-Pandemie nur sehr eingeschränkt. Normalerweise sind sie gemeinsam mit Bands wie den Fantastischen Vier auf Tournee, um dort Spendengelder zu sammeln und so ihre Arbeit im Kampf gegen rechts zu finanzieren. Ende Oktober hat die Initiative stattdessen ihren eigenen Podcast gestartet, um im Gespräch zu bleiben und weiter Aufmerksamkeit auf

AKTIONEN GEGEN RECHTS



GEGEN HASS UND GEWALT Rechtsradikale bedrohen unsere Demokratie, immer unverhohlener und aggressiver. Wie man sich erfolgreich dagegen wehren kann, zeigen wir in dieser Serie.



Diese Musiker unterstützen die Aktion #unfollowme von „Laut gegen Nazis“ (v.l.): Johannes Oerding, Antje Schomaker und Smudo. Deren Gründer Jörn Menge (sitzend) freut das.

dieses wichtige Thema zu lenken. Wöchentlich erscheint eine Folge. Zu Gast waren neben Vertreterinnen und Ver-

tretern verschiedener Initiativen auch der Präsident des Fußball-Zweitligisten FC St. Pauli Oke Göttlich und der Hamburger SPD-MdB Niels Annen.

Annen will im September erneut in den Bundestag einziehen. „Laut gegen Nazis“ wirbt mit der neuesten Kampagne für eine hohe Wahlbeteiligung. In 200 Videos werden die Aussagen rechtsextremer Parteien seziert und bloßgestellt. Passenderweise ist die Kampagne am 8. Mai gestartet. Dem Tag, an dem Nazi-Deutschland vor 76 Jahren den Krieg verlor und kapitulierte. ■

Weitere Informationen finden Sie unter www.lautgegennazis.de

ANZEIGE



Vogel checkt: Briefe mit dem Kuli frankieren?

„Funktioniert: Bei der Mobilien Briefmarke bekomme ich in der Post & DHL App einen Code und den schreibe ich mit einem Kuli auf meinen Briefumschlag. Einfacher gehts nicht und kostet keinen Cent extra.“

LÄUFT.

Selber checken auf: VogelCheckt.de

Deutsche Post

SPD FREUT SICH ÜBER RÜCKENWIND AUS KARLSRUHE

URTEIL Das Bundesverfassungsgericht entscheidet beim Klimaschutz zukunftsweisend und fordert von der Politik mehr Engagement. So wird möglich, was die SPD vor zwei Jahren gefordert hatte – und mehr

Von Benedikt Dittrich

Die Aufregung war groß, als das Bundesverfassungsgericht im April das Klimaschutzgesetz in Teilen als verfassungswidrig einstufte. Ein Urteil, das in seiner Tragweite über Jahrzehnte die Politik prägen dürfte.

Dabei steckt die Brisanz – wie so oft – in der Erklärung. Die Richter stellten die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt: Wie viel Klimaschutz muss die Politik jetzt verbindlich festlegen, wie viele Emissionen müssen zeitnah verhindert werden, was muss jetzt getan werden, damit künftige Generationen nicht über Gebühr belastet werden?

Für das Verfassungsgericht ist klar: Das Klimaschutzgesetz in der aktuellen Version verschiebt zu viel in die Zukunft. Kritisiert wurde vor allem, dass es keinen Plan für die Zeit nach 2030 gibt, die Gefahren des Klimawandels würden damit zu sehr zulasten der nachfolgenden Generationen gehen. Damit kritisieren die Richter, dass genau der Teil fehlt, den Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) gerne schon 2019 verbindlich ins Gesetz geschrieben hätte. Sie wollte schon damals feste Reduktionsziele bis 2050 festlegen. Das belegt ein Entwurf aus ihrem Ministerium aus dem Frühjahr 2019, ein halbes Jahr vor der Einigung in der großen Koalition. Schulze war damals vorgeprescht, weil die Unions-Minister monatelang jegliche Abstimmung blockiert hatten. Dafür mussten Svenja Schulze und die SPD viel Kritik von der Union einstecken.

KLIMASCHUTZ

Der Blick auf damalige Äußerungen und Aktionen lässt erahnen, wie groß der Widerstand gegen effektiven Klimaschutz bei den konservativen Parteien hinter den Kulissen noch war. Trotz der Demonstrationen von „Fridays for Future“ wurde der ausgehandelte Kohleausstieg bis 2038 von CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus damals wiederholt infrage gestellt, in Nordrhein-Westfalen brachte CDU-Ministerpräsident Armin Laschet noch im Mai 2020 ein neues Kohlekraftwerk ans Netz.

Ein Urteil erzwingt ein Umdenken bei der Union

Nach dem Urteil verweist nun beispielsweise CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier auf eigene Vorschläge, die stammen aber erst aus dem September 2020. Mehr als ein Jahr, nachdem Schulzes Entwurf von der Union aufgeweicht worden war. Es braucht offenbar das Stoppschild aus Karlsruhe, um die Union an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.

In einem entscheidenden Punkt konnten sich die Sozial-

demokraten um Schulze und Vizekanzler Olaf Scholz aber damals durchsetzen: Die einzelnen Ressorts sind nun verantwortlich, in ihrem Bereich die CO₂-Ziele einzuhalten. Klappt das nicht, müssen die zuständigen Ministerien nachbessern.

Damit löste die SPD ein Grundproblem der Klimaschutzpolitik: Das Umweltministerium ist zwar federführend bei den Gesetzen, umgesetzt werden müssen sie aber dort, wo die CO₂-Emissionen anfallen. Also vor allem in Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Bauen – Ministerien, die von CDU und CSU geführt werden. Seit 2019 kann sich kein Minister mehr aus der Verantwortung stellen. Diesen Klimaschutz-Pfad beanstandeten die Richter nicht.

Die Richter haben aber mehr Engagement gefordert. Dem kommt die SPD nach. Svenja Schulze hat bereits einen Entwurf vorgelegt, der die Ziele deutlich anhebt: Klimaneutralität schon 2045, 65 Prozent weniger CO₂ bis 2030 sowie minus 88 Prozent als Ziel für 2040. Wie vor zwei Jahren kann die Union erneut zeigen, wie ernst ihr engagierter Klimaschutz wirklich ist. ■

Wie geht's weiter? Was steht im neuen Gesetz, was fordert die SPD? Mehr unter [vorwaerts.de/klimaschutz](https://www.vorwaerts.de/klimaschutz)



Debatte: Michael Müller (o. r.), Matthias Miersch (u. l.), Jessica Rosenthal mit vorwärts-Redakteur Kai Doering

»DIE SPD MUSS ZUR PARTEI DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN EMANZIPATION WERDEN«

Klimapolitik könnte zum entscheidenden Thema der Bundestagswahl werden. Da sind sich die Vorsitzende der Jusos Jessica Rosenthal, SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch und der Vorsitzende der NaturFreunde Michael Müller einig. „Die SPD muss klarmachen, dass sie die Partei ist, die den Wandel gestalten will und kann“, fordert Rosenthal im digitalen Gespräch des „vorwärts“. Dann könnten vor allem auch junge Menschen über-

zeugt werden. Aus Sicht von Matthias Miersch zeige gerade die Corona-Krise, „dass unsere Antwort auch auf den Klimawandel ein starker, handlungsfähiger Staat sein muss“. Michael Müller betont, dass Umwelt- und Klimaschutz „seit fast vier Jahrzehnten zur SPD“ gehören. Er fordert: „Die SPD muss zur Partei der sozial-ökologischen Emanzipation werden.“ Dafür sei der Ausgang der Bundestagswahl so wichtig. „Die Schlüsselfrage wird sein, ob die SPD am Ende zu Recht vor den Grünen liegt.“ ■ KD

Das Gespräch lesen Sie unter [vorwaerts.de/klimagespraech](https://www.vorwaerts.de/klimagespraech)



Mehr Planbarkeit für die sozial-ökologische Transformation: Svenja Schulze will das deutsche Klimaschutzziel erhöhen.

»WIR NUTZEN JETZT DIE CHANCE«

SVENJA SCHULZE Die Bundesumweltministerin sieht sich in ihrem Kurs beim Klimaschutz bestätigt. Mit ihrem neuen Gesetz will sie weltweit Maßstäbe setzen. Schulze fordert die Union auf, ihre Blockade aufzugeben

Interview Benedikt Dittrich und Kai Doering

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihr Klimaschutzgesetz in Teilen für grundgesetzwidrig erklärt. Trotzdem fühlen Sie sich von der Entscheidung in Ihrem Kurs bestätigt. Warum?

Weil sie Rückenwind für mehr Klimaschutz bedeutet. Die SPD kann weiterhin stolz sein, das Klimaschutzgesetz gegen einen widerspenstigen Koalitionspartner durchgesetzt zu haben. Das Verfassungsgericht hat nämlich nicht die Systematik des Gesetzes beanstandet, sondern dass wir noch nicht genauer festlegen, was nach 2030 passieren soll. Genau das hat die Union damals nicht mitgemacht. Jetzt kommt das von mir angestrebte Zwischenziel über den Umweg Karlsruhe und wir legen uns sogar fest, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Das freut mich sehr.

Sie haben schon 2019 einen konkreten Fahrplan für die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen bis 2050 vorgelegt. Warum konnte sich die große Koalition nicht darauf einigen?

Die Union sah in meinen Vorschlägen den Weg in eine Planwirtschaft. Dabei

kann sozialer und generationengerechter Klimaschutz gar nicht anders funktionieren als mit klaren staatlichen Vorgaben. Das hat auch das Verfassungsgericht bestätigt.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts überschlagen sich CDU und CSU mit Vorschlägen für den Klimaschutz. Wie viel Substanz hat das?

Die Erfahrung der letzten Jahre lässt mich an der Ernsthaftigkeit dieser Aussagen zweifeln. Um das Klima effektiv zu schützen, müssen Ziele mit wirksamen und sozialverträglichen Maßnahmen unterlegt werden. Und da fehlen mir Konzepte aus den unionsgeführten Häusern. Häufig stehen sie sogar auf der Bremse, wie bei unserem Vorschlag zur Beteiligung der Vermieter an den CO₂-Kosten. Denn es sind die Vermieter, die entscheiden, welche Heizungssysteme in Mietshäuser eingebaut und ob sie energetisch saniert werden. Aber wenn es konkret wird, liegen der Union die Interessen der Immobilienlobby wohl doch näher als der Schutz



Um das Klima zu schützen, müssen Ziele mit wirksamen und sozialverträglichen Maßnahmen unterlegt werden.

Svenja Schulze,
Bundesumweltministerin

des Klimas und von Mieterinnen und Mietern.

Ziehen Sie jetzt Ihren ursprünglichen Entwurf zum Klimaschutzgesetz wieder aus der Schublade oder gibt es substantielle Unterschiede?

Wir nutzen jetzt die Chance und erhöhen auch unser Klimaschutzziel für 2030. Das war ohnehin geplant, nur wollten wir zunächst abwarten, welche Neuerungen es bei den EU-Klimaregeln gibt und was das für Deutschland konkret bedeutet. Nun ziehen wir die Gesetzesnovelle vor – mir als Umweltministerin kann das nur recht sein. Das neue Klimaschutzgesetz schafft größtmögliche Planbarkeit für die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und wird weltweit Maßstäbe setzen.

Was bedeutet der neue Gesetzesentwurf für den ausgehandelten Kohleausstieg?

Das Kohleausstiegsgesetz bleibt unangetastet. Ich habe allerdings schon öfter gesagt, dass der Kohleausstieg, getrieben durch den europäischen Emissionshandel, sehr wahrscheinlich schneller kommen wird. Deswegen ist es gut, dass das Kohleausstiegsgesetz die notwendige Flexibilität zulässt. Meine Prognose ist, dass wir Anfang der 2030er Jahre keine Stromerzeugung aus Kohle mehr haben werden. Für mich ist wichtig: Ein eventuell früherer Kohleausstieg darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Darüber hinaus gilt: Der Schlüssel für eine verlässliche, bezahlbare und klimafreundliche Stromversorgung ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier bleibt viel zu tun, die SPD hat längst Vorschläge für höhere Ausbaupfade auf den Tisch gelegt, die Union blockiert.

Im September endet Ihre erste Amtszeit als Bundesumweltministerin. Worauf sind Sie nach vier Jahren im Amt besonders stolz?

Für eine Bilanz ist es noch zu früh, dafür stecken wir noch mitten in der Arbeit. Neben dem neuen Klimaschutzgesetz soll zum Beispiel auch mein Insektenschutzgesetz noch bis zum Sommer ins Gesetzblatt. Aber natürlich bin ich schon jetzt froh, dass uns so viele politische Weichenstellungen für die sozial-ökologische Transformation gelungen sind: Mehr Schwung für die Elektromobilität, Milliardeninvestitionen in Zukunftstechnologien wie grünen Wasserstoff, Unterstützung der Industrie beim Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse, weniger Plastikmüll und noch vieles mehr. Der Blick in unser Zukunftsprogramm zeigt, dass wir an diese Erfolge anknüpfen und die nächsten Jahre für den sozial- und klimagerechten Umbau unserer Wirtschaft nutzen wollen. Am besten mit einem Bundeskanzler Olaf Scholz! ■

SACHSEN-ANHALT IST KEIN BILLIGLOHNLAND!

KATJA PÄHLE Die SPD-Spitzenkandidatin kämpft für höhere Löhne und Bündnisse jenseits der AfD

Interview Kai Doering

Wahlkampf im Lockdown – wie läuft das ab?

Vieles, was sonst ganz selbstverständlich zum Wahlkampf dazugehört, ist leider nicht möglich. Die Veranstaltungen und direkten Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern fehlen mir. Podiumsdiskussionen und andere Gespräche finden vor allem digital statt. Das ist gut, aber ein richtiger Ersatz ist es natürlich nicht. Wir haben auch thematische Flyer drucken lassen, die wir verteilen und eine Postkarte, mit der wir für die Briefwahl werben. Wir hoffen stark, dass in den Wochen vor der Wahl zumindest teilweise noch ein „Corona-konformer“ Straßenwahlkampf möglich wird. Ein Thema im Wahlkampf sind die Löhne. Der Stundenlohn liegt in Sachsen-Anhalt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Woran liegt das? Zunächst mal daran, dass die CDU immer darauf gesetzt hat, Sachsen-Anhalt als Billiglohnland zu verkaufen. Sie sieht die



Wahlkampf in Sachsen-Anhalt: Katja Pähle will „eine starke SPD in den Landtag kriegen“.

niedrigen Löhne als Wettbewerbsvorteil. Als SPD müssen wir deshalb klarmachen, dass Sachsen-Anhalt kein Billiglohnland ist. Das Land muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb wollen wir mit einem Tariftruesgesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge vorrangig an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Die Kenia-Koalition wurde 2016 als Notbündnis gegen eine starke AfD gebildet. Wie stehen die Chancen für ein anderes Bündnis?

Wir treten an, um die AfD so weit zurückzudrängen, dass es im Landtag wieder Optionen für unterschiedliche demokratische Mehrheiten gibt und nicht mehr den Zwang zu einem solchen Notbündnis. Wir konzentrieren uns darauf, eine starke SPD in den Landtag zu kriegen, damit wir mehr Kraft haben, unsere Ideen und Projekte umzusetzen. ■



Ob mit Tram oder Auto: Igor Matviyets und Katrin Gensecke wollen für die SPD in den Landtag. Dafür sind sie im Wahlkampf zurzeit unterwegs.

SOZIS WOLLEN IN BRISANter WAHL GEWINNEN

SACHSEN-ANHALT Trotz schwieriger Umstände sind die SPD-Kandidierenden hoffnungsvoll und motiviert

Von Jonas Jordan

Keine zwei Jahre sind seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle vergangen. Eine schwere Holztür verhinderte am 9. Oktober 2019, dass ein Rechtsextremist in die Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde eindringen konnte.

Igor Matviyets hat dieser Tag geprägt. Er ist Mitglied der jüdischen Gemeinde in Halle und kandidiert nun für den Landtag. Der Anschlag war für ihn ein „sehr großer Antrieb anzutreten, weil ich festgestellt habe, was man auf Landesebene bewirken kann“, sagt der Sozialdemokrat. Es geht ihm um eine andere Haltung innerhalb der Polizei, um Sicherheit für Religionsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt und um Perspektiven für junge Menschen.

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni läuft bundesweit bislang noch etwas unter dem Radar. Dabei geht es um sehr viel. „Es ist bei vielen noch nicht angekommen, welche Brisanz diese Wahl hat. Erstmals könnte die AfD tatsächlich stärkste Kraft in einem Bundesland werden“, sagt Matviyets. Das will er verhindern und kandidiert

im Wahlkreis Halle III, zu dem auch die Synagoge gehört. In deren Umfeld seine Wahlplakate aufzuhängen war ein besonderes Erlebnis für ihn.

Bei der Wahl vor fünf Jahren kamen die Kandidierenden von SPD, Linken und Grünen zusammen auf mehr als 50 Prozent der Stimmen. Den Wahlkreis gewann trotzdem der CDU-Mann mit gut 24 Prozent. Diesmal will Matviyets den Wahlkreis direkt gewinnen, auch wenn der Wahlkampf pandemiebedingt stark beeinträchtigt ist. „Es fehlt der Austausch mit den Menschen“, sagt er.

Während Matviyets zugutekommt, dass er in seinem städtischen Wahlkreis viele Menschen auf einer relativ kleinen Fläche erreichen kann, gestaltet sich das bei Katharina Zacharias schwieriger. Ihr Wahlkreis Haldensleben ist 750 Quadratkilometer groß. Die Menschen flächendeckend zu erreichen, ist dadurch gar nicht so einfach. Unterstützung erhielt die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende von Jusos aus Berlin und Niedersachsen, die mit ihr ein Wochenende lang Flyer verteilen.

Inspiziert von Malu Dreyer

Ansonsten versucht sie, mit themenbezogenen Tütchen auf sich aufmerksam zu machen: zu Weihnachten, zum Frauentag oder zum Kindertag. Sorgen bereiten ihr die pandemiebedingten Einschränkungen. „Wenn es so weitergeht, weiß ich nicht, wo wir Menschen treffen sollen. Da fehlt einem persönlich das Wahlkampffeeeling“, sagt Zacharias. Das versucht sie nun vermehrt, in den sozialen Medien zu vermitteln. Auf Twitter folgen ihr mehr als 4.500 Personen. Sie hofft, das Direktmandat für die SPD erobern zu können: „Ich beackere die Gegend seit zwei Jahren bis zum Gehntnichts und habe einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht.“

Auch Katrin Gensecke kämpft gegen die schwierigen Begleitumstände des Wahlkampfs. „Die Pandemie schiebt uns alle in eine Einbahnstraße“, sagt sie. Um die Menschen in ihrem Wahlkreis auf sich aufmerksam zu machen, hat sie sich ihr Wahlplakat ins Auto gehängt. So entstünden zumindest ab und an Gespräche auf dem Parkplatz. Auch das „Schwatzen über’n Gartenzaun“ hat sie zum Wahlkampfformat gemacht.

Wie Wahlkampf in Corona-Zeiten erfolgreich funktionieren kann, zeigte zuletzt Malu Dreyer, die bei der Landtagswahl im März mit der SPD in Rheinland-Pfalz 35,6 Prozent holte. Das hat Gensecke beeindruckt. Auch weil Dreyer genau wie sie an Multipler Sklerose erkrankt ist. „Malu Dreyer hat mich motiviert. Was sie schafft, zeigt, was möglich ist“, sagt die stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv. ■

LANDTAGSWAHL



Das Ziel im Blick: Katharina Zacharias ist stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und will ihren Landtagswahlkreis direkt gewinnen.

PARTEI LEBEN!



Schneller Einstieg: Im digitalen SPD-Wahlprogramm soll jeder sofort finden, was er sucht.

GANZ PERSÖNLICHES PROGRAMM

BUNDESTAGSWAHL Die SPD macht ihr Zukunftsprogramm »digital begehbar«. Jeder soll auf Anhieb das finden, was ihn am meisten interessiert

Von Kai Doering

Früher war die Sache ganz einfach: Die SPD beschließt ihr Programm für die Bundestagswahl, druckt es einige Tausend Mal für den Wahlkampfstand und stellt eine PDF davon zum Herunterladen ins Internet. Fertig. Diesmal jedoch ist alles anders. Das Zukunftsprogramm, das der erste digitale Bundestag in der SPD-Geschichte am 9. Mai beschlossen hat, ist nicht nur deutlich kürzer als frühere Wahlprogramme – es wird auch komplett digital und nutzerfreundlich im Internet präsentiert.

„Wir machen kurz und prägnant klar, wofür wir stehen und was wirklich wichtig ist für die Zukunft unseres Landes“, sagt der Verantwortliche für den Wahlkampf der SPD, Generalsekretär Lars Klingbeil. „Und damit die Wählerinnen und Wähler es noch einfacher haben, machen wir das

Zukunftsprogramm auch digital begehbar.“ Wer die Programmseite auf spd.de „betritt“, findet dort eine übersichtlich strukturierte Oberfläche mit Textelementen, Fotos und sogenannten Ein-Wort-Kacheln, Flächen auf denen ein Schlagwort aus dem Zukunftsprogramm steht. Wer darauf klickt, landet direkt im jeweiligen Kapitel des Programms. Über Suchfilter auf der Seite können persönliche Interessen eingegrenzt werden. Wer sich für ein bestimmtes Thema besonders interessiert, findet so alles auf einen Blick.

Gezielt nach Themen suchen

„In der dynamischen Matrix kann jede und jeder ganz gezielt nach Dingen suchen, tiefer eintauchen und so das finden, was sie und ihn ganz persönlich betrifft“, erklärt Lars Klingbeil. Über die Einstiegsseite kann man entweder

INHALT

BÜRGER BEFRAGT

Die SPD in Deißlingen weiß, was die Menschen vor Ort bewegt

KURZ & KNAPP

Nachrichten aus den Gliederungen

MIT ERFOLGSREZEPT

Start-up-Gründerin Verena Hubertz will in den Bundestag

IMMER SPD

Lotte Nimser feiert ihren 100. Geburtstag

direkt in die einzelnen Kapitel des Programms gelangen oder auf eine Kampagnenseite, auf der einzelne Punkte des Programms erklärt werden und man sich an Mitmach-Aktionen beteiligen kann. In einem animierten Quiz werden Programmpunkte im Frage-und-Antwort-Stil vorgestellt. Viele Inhalte können in den sozialen Medien geteilt und so einer noch breiteren Gruppe zugänglich gemacht werden. Und: Die Seite kann sowohl auf dem großen Monitor als auch auf dem Smartphone bequem gelesen werden. Einzelne Teile des Programms kann man sich künftig zudem vorlesen lassen. Für Hörgeschädigte soll es bald auch Videos geben, in denen Abschnitte in Gebärdensprache dargestellt werden.

»DARUM BIN ICH IN DER SPD...«



ZOE OLSCHESKI

ist Schülerin und Mitglied im Vorstand des OV Leuben sowie der Jusos Dresden.

Weil ich die Möglichkeit habe, mich mit meinen Werten und Zielen einzubringen. Weil Frauen immer noch nicht völlig gleichberechtigt sind. Weil der eigene Lebensweg immer noch zu sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Weil unsere Gesellschaft auseinanderdriftet und wir vor den großen sozialen und ökologischen Fragen des 21. Jahrhunderts stehen. Ich möchte Teil einer sozialen, gesellschaftlichen Veränderung sein. ■

Warum seid ihr gerade jetzt SPD-Mitglied geworden? Schreibt uns an parteileben@vorwärts.de

Saskia Eskens Versprechen

Für Saskia Esken kommt noch eine Besonderheit hinzu: Das bewusst schmal gehaltene Zukunftsprogramm wird digital ergänzt „durch eine umfangreiche Sammlung von Beschlüssen, die das Programm vervollständigen“, erklärt die SPD-Vorsitzende. Als Beispiel nennt Esken das Sozialstaatskonzept, das der Bundestag 2019 einstimmig beschlossen hat. „Wir hätten das natürlich via Copy-and-paste in unser Zukunftsprogramm übernehmen können. Stattdessen haben wir uns dazu entschieden, den Aufbruch-Charakter des Programms an einigen Beispielen darzustellen, in weitergehenden Details aber auf die Beschlusslage zu verweisen“, sagt Esken.

Sie betont, mit der digitalen Programm-Matrix löse sie auch ein Versprechen aus ihrer Bewerbungsrede als SPD-Vorsitzende ein. „Unser nächstes Programm wird die Digitalität nicht nur als Querschnittsthema über alle Lebens- und Politikbereiche atmen, es wird auch im Format ein digitales Programm sein“, kündigte Esken auf dem Parteitag 2019 an. Nun sagt sie: „Ich bin sehr beeindruckt und sehr stolz, mit welchem Anspruch das Willy-Brandt-Haus sich jetzt daranmacht, diese Idee umzusetzen.“ ■

Das Programm finden Sie unter spd.de/programm



Hilfreich für den Wahlkampf: Günter Weist (l.) übergibt Landtagskandidat Torsten Stumpf die Auswertung der Umfrage-Ergebnisse.

IN DEISSLINGEN HABEN SIE ES GERNE SCHRIFTLICH

OV-PORTRÄT Mit einer Umfrage wollten die Genossen erfahren, was die Menschen in Deißlingen in Baden-Württemberg wirklich bewegt. Die Idee wurde auf mehreren Ebenen ein Erfolg *Von Benedikt Dittrich*

ANZEIGE



SPDings
DER
vorwärts
PODCAST

JETZT REINHÖREN!

PRIVAT SCHREIT ER NUR BEIM AUTOFAHREN

FOLGE 1: MIT HANS-JOACHIM HEIST



vorwaerts.de/spdings

Wer früher erfahren wollte, was vor Ort das Gesprächsthema Nummer eins ist, der ging in die Dorfkneipe. Der Stammtisch war einst ein recht gutes Stimmungsbarmeter. Doch gilt das heute noch, wenn die Kneipe für viele nicht mehr erste Anlaufstelle ist, Diskussionen am Gartenzaun oder gleich ganz digital stattfinden? Dieser Frage wollten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Ortsvereins Deißlingen-Lauffen in Baden-Württemberg auf den Grund gehen.

„Bei den Veranstaltungen kommen immer dieselben, melden sich immer dieselben zu Wort“, meint Gerhard Stern, der Vizechef des Ortsvereins. Doch für die richtige Politik vor Ort wollten sie auch die Meinungen der anderen lesen: 500 Fragebögen haben die Genossinnen und Genossen per Zufallsprinzip verteilt. Beinahe jeder zehnte Deißlinger bekam so die Möglichkeit, schriftlich zu berichten, was ihn ärgert oder freut.

Ausführlicher als erwartet

Die Rücklaufquote: zehn Prozent. Ein Wert, der sich sehen lassen kann, ist Gerhard Stern überzeugt: „Vor allem waren wir beeindruckt, wie ausführlich und detailliert die Menschen sich mit den Fragen auseinandergesetzt haben.“ Selbst Kritik sei sachlich und fundiert geäußert worden. „Die Menschen haben sich sehr viel Mühe gemacht.“

So erfuhren die Sozialdemokraten, dass die Befragten der öffentliche Nah-

verkehr ebenso umtreibt wie die Frage, was mehr Klimaschutz vor Ort ganz konkret bedeuten soll. Oder dass die Qualität der Kitas zwar gut bewertet wird, die von der SPD geforderte Gebührenfreiheit aber auch wichtig ist. „Viele vermissen offenbar auch eine bessere Informationspolitik der Verwaltung“, bilanziert Stern weiter.

Antworten als politische Leitlinie

Dem wollen sie nun entgegenwirken – und gehen dafür auch wieder zurück an den Stammtisch. Sobald Treffen vor Ort wieder möglich sind, wollen sie Umweltschützer einladen, auch Expertinnen und Experten zu anderen Themen aus der Umfrage sind gefragt. „Die Umfrageergebnisse sollen Leitlinie unserer Politik werden“, sagt Gerhard Stern.

Es ist auch eine Bestätigung der Deißlinger Sozialdemokraten: Der Ort südlich von Rottweil hatte laut Stern in den vergangenen Jahren einen enormen Zustrom von Neubürgerinnen und



Gerhard Stern: Vizechef des SPD-Ortsvereins

-bürgern. Bei der Wohnungspolitik haben Grüne, CDU und FDP aber vor allem Eigenheime für Familien im Kopf. „Konservative Wohnvorstellungen“, kritisiert Stern. Dass viele Menschen sich ebenso bezahlbare Mehrfamilienhäuser und einen guten Nahverkehr wünschen, geht dabei womöglich unter.

Bei der vergangenen Landtagswahl hat sich die Umfrageaktion auch bei den Wählerstimmen positiv bemerkbar gemacht. Auch wenn Kandidat Torsten Stumpf das Landtagsmandat bei der Wahl im März dennoch knapp verfehlte. „Es sind eben schwierige Wahlverhältnisse“, sagt Stern über die Region. Aber die Sozialdemokraten sind in jeder der drei Ortschaften bei Rottweil vertreten: in Deißlingen, Lauffen und Wellendingen. In jedem stellt der SPD-Ortsverein eine Fraktion.

Der Ortsverein zieht auch noch aus einem anderen Grund eine positive Bilanz: Die 37 Genossinnen und Genossen haben mit der Umfrage-Aktion mehrere Wochen für Aufsehen gesorgt, die Auswertung brachte die SPD ins Gespräch. Daran wollen die Genossen politisch anknüpfen – vielleicht auch mit einer weiteren, konkreteren Umfrage. ■



SOZI-OSTERHASE

Einige Besucherinnen und Besucher des Sinsheimer Wochenmarkts werden sich verwundert die Augen gerieben haben.

Es war tatsächlich ein Hase, der da am Ostersonntag kleine Schokoladen- und Holzfiguren verteilte. Im Kostüm steckte die Stadtführerin und Sozialdemokratin **Monika Möhring**. Unterstützt wurde sie von **Magdalena Fritz**, beide Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Sinsheim Kernstadt. Eigentlich hatte die Aktion schon im vergangenen Jahr stattfinden sollen, doch die erste Welle der Corona-Pandemie hatte den Genossinnen im Südwesten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Am Nikolaustag hatten sie bereits 250 Päckchen an Sinsheimer Kinder verteilt. ■ *KD*

FOTOS: SPD-ARBEITSKREIS SINSHEIM; SASCHA ENGST/BUNDESSTADT BONN

EINSTEIGEN BITTE!

Die Berliner U-Bahnlinie U5 hält erst seit Ende 2020 am Bundestag. Für **Annika Klose** der Auslöser für eine Wahlkampf-idee: Die SPD-Bundestagskandidatin in Berlin-Mitte fährt virtuell mit der U5 zum Parlament und unterhält sich dabei mit einem Gast über Politisches. Bisher sind die Bundestagsabgeordnete **Cansel Kiziltepe** und SPD-Chefin **Saskia Esken** mitgefahren. Die Videos gibt es auf Youtube. Kloses Idee: „Wir ‚fahren‘ durch den Wahlkreis und können Themen und Orte verknüpfen.“ ■ *KD*

SPDQUEER IN FRANKEN

Was fast eineinhalb Jahre währte, ist nun gut geworden. „Seit November 2019 arbeiten wir an der Gründung eines Ablegers der SPDqueer für Oberfranken“, sagt **Sebastian Kropp**. Ende März war es endlich soweit. Bei einer Online-Veranstaltung wurde die AG aus der Taufe gehoben und Kropp zum Vorsitzenden gewählt. „Wir wollen wieder Brücken zwischen Mehrheiten und Minderheiten schlagen“, sagt er. ■ *KD*

MITMACHEN

SCHREIBT UNS ÜBER EURE AKTIONEN

Euer Ortsverein hat in den vergangenen Jahren deutlich an Mitgliedern zugelegt? Ihr macht vor Ort mit kreativen Ideen auf die SPD aufmerksam? Dann schickt uns einen kurzen Text über eure Aktion! Wir stellen gern vor, was in Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen und Unterbezirken passiert. Deshalb sagt uns Bescheid – und lest über euch im „vorwärts“. ■

Schreibt per E-Mail an: parteleben@vorwaerts.de



PLATZ FÜR SELBERT

Sie war eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Dass dort die Gleichberechtigung von Frauen und Männern aufgenommen wurde, gilt vor allem als Verdienst von **Elisabeth Selbert**. In der Bonner Altstadt erinnert nun ein Platz an die engagierte Sozialdemokratin. Ende April wurde das Schild von Bezirksbürgermeister **Jochen Reeh-Schall** (Foto) enthüllt – wegen der Corona-Pandemie nur in sehr kleinem Rahmen. „Ohne Elisabeth Selbert sähe diese Republik anders aus“, betont der Sozialdemokrat Reeh-Schall. „Deswegen müssen die Mütter unseres Grundgesetzes sichtbar werden.“ Am 22. September jährt sich der Geburtstag von Elisabeth Selbert zum 125. Mal. Noch bis zu ihrem 85. Lebensjahr arbeitete die Juristin als Anwältin, spezialisiert auf Familienrecht. ■ *KD*

ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT HEBAMME LINDA
JEDEN TAG GEBURTSTAG.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda

 **PKV** | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

REZEPTE ZUM ERFOLG

VERENA HUBERTZ Nach dem Studium gründete sie ein sehr erfolgreiches Internet-Start-up. Nun will die Triererin neue Ideen in den Bundestag bringen

Von Kai Doering



Als Unternehmerin für Mindestlohn: Bundestagskandidatin und Start-up-Gründerin Verena Hubertz

Mit einem „Coq au vin“ fing alles an. Das französische Geflügelgericht war das erste, das Verena Hubertz und ihre Studien-Freundin Mengting Gao gemeinsam kochten und dabei jeden einzelnen Zubereitungsschritt mit Fotos und kurzen Videos dokumentierten. Das war 2013. Die „Kitchen Stories“ (zu deutsch „Küchen-Geschichten“) waren geboren. Dass daraus ein paar Jahre später eine App werden würde, die weltweit mehr als 17 Millionen Nutzerinnen und Nutzer auf ihrem Smartphone haben, ahnten Hubertz und Gao damals natürlich nicht.

Der Anfang war nämlich alles andere als einfach, Investoren zu finden, sehr schwer. „Zwei Mädels und eine Koch-App? Das brauchen wir nicht“, hätten sie mehr als ein Mal gehört, erzählt Verena Hubertz. Also mussten Mengting Gao und sie 25.000 Euro zusammenkratzen, um die Rezepte-App in Eigenregie an den Start zu bringen. „Das Geld kam von Freunden und unse-

ren Familien“, erzählt Hubertz. „Danach haben wir uns 14 Tage in ein Ferienhaus in Brandenburg zurückgezogen und die ersten Videos produziert.“ 2014 gingen die „Kitchen Stories“ online. Was dann kam, klingt wie eine Geschichte aus dem amerikanischen Silicon Valley: 2017 stieg eine Tochterfirma von Bosch bei dem Start-up ein, mit einem zweistelligen Millionenbetrag. Mittlerweile besteht das Team aus 60 Personen.

Auf Verena Hubertz müssen sie nun allerdings verzichten. Die 33-Jährige stieg Ende vorigen Jahres aus. Ihr neues Ziel ist das Bundestagsmandat im Wahlkreis 203. Er umfasst die Stadt Trier und den Landkreis Trier-Saarburg. Aus Berlin ist Hubertz wieder in ihre Heimatstadt zurückgezogen.

Gegen das Schubladen-Denken

„In einem Start-up muss man Menschen von einer Idee begeistern. Das ist in der Politik auch so“, sagt Hubertz. Von der Start-up-Szene könne sich die Politik

einiges abschauen, es werde noch zu viel in Schubladen gedacht. „Das sollten wir ändern und lieber projekt- und ressortübergreifend denken“, sagt die studierte Betriebswirtin. „Die Arbeitswelt und die Jobs der Zukunft werden anders aussehen als heute. Als Gründerin und Unternehmerin bringe ich da viele Erfahrungen mit, die ich für gute Gesetze im Bundestag nutzen möchte.“

Darauf bereitet sich Verena Hubertz akribisch vor. Ende März hat sie eine Praktikumswoche bei dem Bundestagsabgeordneten Thomas Hitschler absolviert, ihn in Ausschüsse begleitet und den einen oder anderen SPD-Spitzenpolitiker getroffen. „Ich wollte den Betrieb, für den ich kandidiere, vorher kennenlernen“, sagt die 33-Jährige. „Das ist schon ein krasser Apparat.“

Innovative Ideen für die Rente

Den Sommer über sollen noch weitere Praktika hinzukommen, dann allerdings eher handfest in ihrem Wahlkreis. So will Hubertz in einer Kita arbeiten und in einer Pflegeeinrichtung mit anpacken. „Ich möchte verstehen, was den Alltag der Menschen ausmacht, die dort arbeiten.“ Einen ganz entscheidenden Einblick hat sie während ihres Studiums bekommen. Da arbeitete sie bei „Burger King“ für sechs Euro in der Stunde. „Für mich war das eher ein Zuverdienst, aber mein Kollege musste damit seine Familie ernähren“, erinnert sich Verena Hubertz. Als der damalige Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier im Wahlkampf 2009 nach Trier kam und in einer Rede vor der Porta Nigra einen Mindestlohn angekündigte, sprach er Hubertz damit aus der Seele. „Viele fragen mich ja, warum ich als Unternehmerin gerade in die SPD eingetreten bin. Ich finde, der Mindestlohn erklärt das ganz gut.“

Eine Idee, die Hubertz zurzeit sehr bewegt ist der „Zukunftsfonds 2.0“. Sie hat ihn zusammen mit Stefan Marcelo Bösl entwickelt, der auch ihre Wahlkampfkampagne leitet. Es handelt sich dabei um einen gemeinwohlorientierten Staatsfonds nach dem Vorbild skandinavischer Länder. „Wir investieren mit dem Zukunftsfonds 2.0 in die Unternehmen der Zukunft und sichern mit der Rendite die Rente“, erklärt Verena Hubertz die Idee.

Die SPD in Trier hat sie von sich und ihren Ideen bereits überzeugt. Nach einem parteiinternen Auswahlverfahren im vergangenen Jahr, wurde Verena Hubertz am 1. Mai mit 92 Prozent offiziell als Bundestagskandidatin nominiert. Mit dabei waren auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Hubertz' Vorgängerin im Wahlkreis. Die ist inzwischen stellvertretende Präsidentin des Europaparlaments: Katarina Barley. ■

ERST KOCHBUCH – DANN BUNDESTAG

Studi-Job, Start-Up, SPD-Kandidatin – übers Kochen kam Verena Hubertz zur Politik. Nun will sie in den Bundestag. Ihr Erfolgsrezept erläutert die 33-Jährige in der neuen Folge des vorwärts-Podcasts.

vorwaerts.de/spdings_hubertz



»ICH KONNTE DOCH NICHT ANDERS«

LOTTE NIMSER Vor 76 Jahren trat sie in die SPD ein. Nun feiert sie ihren 100. Geburtstag – mit einer Motorradfahrt

Von Kai Doering

Wenn man Lotte Nimser fragt, warum sie in die SPD eingetreten ist, bekommt man erst mal ein lautes Lachen zur Antwort. „Ich konnte doch gar nicht anders“, sagt sie, die eigentlich Lieselotte mit Vornamen heißt. So nennt sie aber in Eschweiler bei Aachen, wo sie jetzt bei ihrer Tochter wohnt, eigentlich niemand.

1945 ist Lotte Nimser SPD-Mitglied geworden. Der Krieg war da gerade erst vorbei. „Vorher war ich aber schon bei den Falken“, betont sie. Das Kriegsende erlebte Nimser als Befreiung. Seit der Machtergreifung der Nazis im Januar 1933 hatten sie und ihre Familie in stän-



Zusammen mehr als 100 Jahre in der SPD: Lotte Nimser mit dem Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe im Jahr 2019. Auf dem Schwarz-Weiß-Foto ist Nimsers Vater Heinrich Imig zu sehen.

diger Angst in Castrop-Rauxel gelebt. Der Vater, Heinrich Imig, war Bergmann und arbeitete seit 1929 für den Bergarbeiterverband. Klar, dass auch er in der SPD war. Den Nazis war das ein Dorn im Auge und so wurde er 1933 entlassen. Die Familie musste aus dem Gewerkschaftshaus ausziehen. Während des Krieges musste Imig sie als Brotverkäufer über Wasser halten.

„Wir haben oft Angst um ihn gehabt“, erinnert sich Lotte Nimser, die viel mit dem Vater unterwegs war. Nach dem Krieg wurde Heinrich Imig zum Bürgermeister von Castrop-Rauxel ernannt, später für die SPD in den Bundestag ge-

wählt. 1953 wurde er Vorsitzender der IG Bergbau und ein Jahr später Präsident des Internationalen Bergbauverbandes.

Tochter Lotte arbeitete zunächst in einem Zigarettengeschäft. Die Schulzeit, die sie wegen des Krieges verpasst hatte, konnte sie nie nachholen. Bald kamen die beiden Kinder zur Welt. Heute hat sie viele Enkel und Ur-Enkel. Castrop-Rauxel blieb sie immer verbunden.

Politischer Geburtstagsbesuch

Auch der SPD ist Lotte Nimser seit 76 Jahren treu geblieben. Das politische Geschehen verfolgt sie noch immer. „Ich kann nicht ohne Politik“, sagt sie. Ämter oder Mandate hat Lotte Nimser dabei nie angestrebt. 2010 wurde sie mit der Willy-Brandt-Gedenkmünze ausgezeichnet, die die SPD nur selten vergibt.

Am 14. Mai feiert Lotte Nimser ihren 100. Geburtstag. Eine große Feier kann es wegen Corona vorerst nicht geben, aber für den Nachmittag hat sich politischer Besuch angekündigt: Frank Schwabe, MdB u. a. für Castrop-Rauxel, und Ex-SPD-Chef Martin Schulz werden gratulieren. Besonders freut sie sich auf den folgenden Tag: Da wird sie im Beiwagen eines Motorrads durch Eschweiler fahren. ■

ANZEIGE

WOHL BEHÜTET AUFGEWACHSEN.



Ich weiß genau, wo das Holz herkommt, was in mir steckt.

100% aller weltweit eingesetzten Zellstofffasern sind nach dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC®) zertifiziert.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de



KARTON, NATÜRLICH!

Eine Initiative des Fachverband Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V.



GUTE NACHRICHTEN FÜR MIETERINNEN UND MIETER

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit Erfolg für die Interessen von Mieterinnen und Mietern eingesetzt. Mit dem im Bundestag beschlossenen Baulandmobilisierungsgesetz kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. So können Kommunen vor allem dort, wo Wohnungen knapp sind – in den Ballungsgebieten und in Städten und Gemeinden mit angespannter Wohnsitzlage – Baulücken leichter schließen. Etwa durch eine Weiterentwicklung des Vorkaufsrechts oder durch die erleichterte Anwendung eines Baugebots. Schließlich wird auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und damit die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern deutlich erschwert. ■



Mehr bezahlbarer Wohnraum: Darauf setzt die SPD-Fraktion.



Kinderarbeit, hier in Bangladesch: Deutsche Unternehmen dürfen davon nicht länger profitieren.

Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil sein

Große Unternehmen müssen ihre Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen hin überprüfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich durchgesetzt: Die Koalition hat das sogenannte Lieferkettengesetz in den Bundestag eingebracht. Damit werden große in Deutschland ansässige Unternehmen künftig gesetzlich verpflichtet, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang ihrer Lieferketten zu gewährleisten.

Sollten Missstände festgestellt werden, wie beispielsweise Kinderarbeit, Zwangs-

arbeit oder die Vergiftung von Trinkwasser, müssen diese abgestellt werden. Laut Gesetzentwurf sollen die Regeln ab 2023 für Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten und ab 2024 für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten gelten.

Bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes werden die Unternehmen vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle aktiv unterstützt. Das Amt soll auch die Einhaltung des Gesetzes kontrol-

lieren und bei Verstößen Zwangs- und Bußgelder verhängen können. Bei schweren Verstößen gegen ihre Sorgfaltspflichten müssen Unternehmen künftig mit Bußgeldern bis zu acht Millionen Euro rechnen.

Bei mehr als 400 Millionen Euro Jahresumsatz können diese auch bis zu zwei Prozent des weltweiten durchschnittlichen Jahresumsatzes betragen, etwa wenn trotz bekannter Menschenrechtsverletzungen ein Unternehmen keine Abhilfemaßnahmen ergriffen hat.

Ab einer Bußgeldhöhe von 175.000 Euro sollen Unternehmen für bis zu drei Jahre von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden können. NGOs und Gewerkschaften sollen zudem die Möglichkeit erhalten, von Menschenrechtsverletzungen Betroffene in Deutschland vor Gericht zu vertreten.

Auf die Einführung eines Lieferkettengesetzes hatte die SPD-Bundestagsfraktion schon in den Koalitionsverhandlungen mit der Union gedrängt. Denn schon damals war klar, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft nicht von allen Unternehmen eingehalten wird. Das Gesetz schafft künftig auch faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen, die ihre unternehmerischen Sorgfaltspflichten bereits erfüllen. Profitmaximierung durch Hungerlöhne, ausbeuterische Kinder- und Zwangsarbeit wird ein Ende gemacht. Und die Bürgerinnen und Bürger können davon ausgehen, dass sie Produkte kaufen, die nicht unter Verletzung von Menschenrechten entstanden sind. ■

Transparenzregeln werden deutlich verschärft

Nach den Korruptionsskandalen in der Union hat die SPD-Fraktion eine erhebliche Verschärfung der parlamentarischen Transparenzregeln erreicht. Sie konnte sämtliche Forderungen in diesem Bereich durchsetzen.

„Ich bin froh, dass wir uns nach vielen Jahren harter Diskussionen nun schnell auf diese deutlich verschärften Regeln für mehr Transparenz im Bundestag geeinigt haben“, sagt Rolf Mützenich, der Chef der SPD-Bundestagsfraktion. „Ich hoffe, dass damit fahrlässig verspieltes Vertrauen in Politik zurückgewonnen werden kann.“ Der Bundestag hat den Gesetzentwurf bereits in Erster Lesung beraten.

Künftig müssen anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen auf Euro und Cent veröffentlicht werden. Das gilt für monatliche Einkünfte über 1.000 Euro und für Jahreseinkünfte über 3.000 Euro. Anteile an Kapital- oder Personengesellschaften ab fünf Prozent sind zu veröffentlichen. Schließlich wird von Dritten bezahlte Lobbytätigkeit von Bundestagsabgeordneten gesetzlich verboten. Auch werden Honorare für Vorträge im Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit untersagt. Die Entgegennahme von Geldspenden durch Abgeordnete wird ebenfalls verboten.

Darüber hinaus will die SPD-Fraktion das Gesetz zur Abgeordnetenbestechlichkeit und -bestechung reformieren. Auch wird die Koalition zeitnah weitere Regelungen für mehr Transparenz im Parteiengesetz vorschlagen. ■



Corona-Pandemie: Schulkindern fehlen Gemeinschaft und Bewegung.

Das Corona-Aufholpaket kommt

Im April hatte die SPD-Bundestagsfraktion es gefordert, schon im Mai hat das Bundeskabinett es beschlossen: das Corona-Aufholpaket für Kinder und Jugendliche. Das „Aktionsprogramm Aufholen“ umfasst zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022. Eine Milliarde fließt in Nachhilfe- und Förderprogramme, mit denen Schülerinnen und Schüler Lernrückstände aufholen können. Eine weitere Milliarde fließt in frühkindliche Bildung, Freizeit, Ferien- und Sportaktivitäten sowie in die Begleitung von Kindern und Jugendlichen in Alltag und Schule. Darüber hinaus soll es einen Kinderfreizeitbonus von 100 Euro geben für Kinder, deren Familien Hartz IV beziehen oder ein sehr geringes Einkommen haben. ■

Impressum

Verlags-Sonderveröffentlichung

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion
Josephine Ortleb, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.

Anschrift:

SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

LESERBRIEFE

ZUKUNFTSPROGRAMM, DAS WAHLPROGRAMM DER SPD

2/2021

Endlich wird der Weg zu mehr Steuer-gerechtigkeit und gegen Steuerkrimi-nalität deutlicher beschritten und hoffentlich auch umgesetzt, eben mit dem neuen Steuerkonzept. Aber es reichen nicht nur Gesetzesänderungen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen durch massive Öffentlichkeitsarbeit davon überzeugt werden, wie wichtig Steuereinnahmen für alle Lebens-bereiche sind. Den Spruch „Es geht doch auch ohne Rechnung?“ darf es nicht mehr geben.

Hans Peter Sawatzki, Holzminden

Natürlich müssen wir jetzt viel Geld ausgeben, um die derzeitige Situation zu meistern. Aber irgendwann müssen wir auch wieder zu normalen Haus-halten zurückkehren. Der normale Deutsche, auch wenn er nicht 100 Jahre alt ist, ist immer noch traumatisiert von den 1920er Jahren, wo die Inflation

gerade auch kleinere Sparer enteignet hat. Der Slogan „Die schwarze Null ist passé“ – was ja bedeutet, für immer – ist daher für den Bundestagswahl-kampf wenig hilfreich.

Harald Heinze, per E-Mail

Alle Achtung zu diesem Zukunfts-programm! Dass viele Mitglieder an der inhaltlichen Ausgestaltung im Rahmen der Debattencamps mit-gewirkt haben, ist beispielgebend für die SPD, aber auch für andere Parteien. Allerdings erschwert die Komplexität des Wahlprogramms, dieses mit einfachen Worten im Wahlkampf zu kommunizieren! Dass die SPD Klima-schutz und Arbeitsplätze der Zukunft miteinander verbinden möchte, liest sich so plakativ wie im letzten Bundes-tagswahlkampf der Slogan „Soziale Gerechtigkeit“!

Lutz Gollnick, Bochum

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

2/2021

Schön, dass Ihr auf die 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland eingeht. Schön, dass Abraham de Wolf an die

vorwärts

INS NETZ GEGANGEN

Folgen Sie uns bei Facebook und Twitter:



www.facebook.com/vorwaerts1876



www.twitter.com/vorwaerts

Oder online auf: www.vorwaerts.de

Die Redaktion behält sich vor, Auszüge aus Leserbriefen zu veröffentlichen.

Leserbriefe per Post:
vorwärts, Leserbriefe,
Postfach 610322, 10925 Berlin
per E-Mail:
leserbriefe@vorwaerts.de

bedeutende Rolle jüdischer Menschen für unsere Partei erinnert. Da könnten viele mehr genannt werden, angefangen von Ferdinand Lassalle über Karl Marx und mit Rosa Luxemburg nicht zu enden.

Friedhelm Wolski-Prenger, per E-Mail

GLOBAL GEDACHT

2/2021

Der Slogan „Global denken, lokal handeln“ ist sozialdemokratisch absolut richtig. Nach dem globalen Denken muss ja das lokale Handeln folgen, d.h.: auf deutscher und europäischer Ebene handeln. Deutschland und die EU haben immense Wachstumspotenziale durch Innovation, Technologie, gut ausgebildete und motivierte Bevölkerung. Warum nicht auf diese Potenziale setzen und sie stärken, statt einen „Schuldigen“ von außen zu suchen, um ihn als Ursache für die Mängel unserer Gesellschaft auszugeben? (...) Deutschland und Europa können mit mehr Souveränität den Wettbewerb gegenüber China und anderen globalen Playern erfolgreich bestehen.

Patricio Rafael Salinas, Nürnberg

ANZEIGE

SPD-EXKLUSIV-FLUSSKREUZFAHRT

Auf Rhein, Mosel und Saar mit MS ELEGANT LADY

AB/BIS DÜSSELDORF

REISE-HIGHLIGHTS

- Koblenz, Cochem, Bernkastel und mehr
- Saarschleife und Moseltal
- Weinbedeckte Steilhänge und malerische Winzerorte
- die wohl schönsten Flusstäler des Landes
- Trier: die älteste Stadt Deutschlands

Die Mosel offenbart uns während dieser Reise ihre volle Schönheit. Von Koblenz aus schlängelt sich der Fluss in unzähligen Windungen, vorbei an malerischen Winzerorten und weinbedeckten Steilhängen bis nach Trier, um den steinernen Zeugen aus der Römerzeit nachzuspüren.

Die Saar erinnert im Unterlauf mit ihren spektakulären Steilwandlagen und ausgeprägten Flussschleifen immer stärker an die große Schwester Mosel, in die sie bei Konz mündet.

Antikes Weltkulturerbe, römische Bauwerke, erhabene Burgen, hervorragende Weine und eine faszinierende Flusslandschaft inmitten herrlicher Natur – auf all das und noch mehr dürfen wir uns freuen.

MIT VOLLPENSION AN BORD



05.08. – 11.08.2021
7 Reisetage

p. P. schon ab € 799,-
In der 2-Bett-Kabine

SPD-ReiseService



Unsere Flusskreuzfahrt im August jetzt mit neuer Routenführung komplett innerhalb Deutschlands!

Eines ist natürlich völlig klar: Diese Kreuzfahrt wird nur dann stattfinden, wenn wir diese Tour verantwortungsbewusst durchführen können. Selbstverständlich werden wir alle geltenden Bestimmungen und Verordnungen beachten, gestützt von einem Test- und Hygienekonzept an Bord.

Die derzeitige Entwicklung gibt uns Anlass zur Hoffnung, dass wir diese Kreuzfahrt durchführen können. Sollte diese Reise im Falle einer schlechten Entwicklung der pandemischen Lage abgesagt werden, folgt natürlich die schnelle und unkomplizierte Abwicklung mit der Rückzahlung der geleisteten Zahlungen durch uns.

→ Sofort ausführliche Reisebeschreibung anfordern unter: ☎ 030-255 94 600 oder ✉ info@spd-reiseservice.de



GLOBAL GEDACHT

Von Rafael Seligmann

Einen rasanten politischen Aufbruch hätten Joe Biden nur wenige zuge-
traut. Denn der langjährige Senator
und ehemalige Vizepräsident war bei
seinem Amtsantritt als Präsident der
USA bereits 78 Jahre alt. Biden wur-
de als Vertreter des demokratischen
Parteiestablishments und als Verwal-
ter des „Weiter so!“ eingeschätzt. Doch
der Politiker hatte seine ein halbes
Jahrhundert währende Karriere dazu
genutzt, ein Programm der überfälli-
gen Verbesserungen zu entwickeln.
Eine knappe Mehrheit in beiden
Häusern des Kongresses gibt Biden
nun die Möglichkeit, sein Reformpa-
ket durchzusetzen. Und er nutzt die
Chance in atemberaubendem Tempo.

Biden pumpt ein 2-Billionen-Dol-
lar-Konjunkturprogramm ins Land.
Damit sollen die marode Infra-
struktur erneuert, der Umweltschutz
vorangetrieben, die Bildung
und damit die Chancengleichheit
für benachteiligte Gruppen ver-
bessert werden. Dazu will er die
Steuern für Reiche anheben. Paral-
lel wurde die Impfkampagne turbo-
mäßig beschleunigt. Bislang sind
knapp die Hälfte der erwachsenen
Amerikaner gegen Corona geimpft.
Der Präsident und seine Crew wis-
sen, dass nationale Alleingänge in
einer globalisierten Welt nicht aus-
reichen. Deshalb drängt Biden auf
einen weltweit koordinierten Um-
weltschutz. Washington trat wieder
dem Pariser Klimaschutzabkommen
bei, das Donald Trump einseitig ver-
lassen hatte. Biden drängt die größ-
ten Umweltsünder, vor allem **China**,
aber auch die **EU**, zur Beschleunigung
ihres Emissionsabbaus.

Darüber hinaus treten die USA
dem Expansionsstreben und der Ein-
schüchterungspolitik von China und
Russland entgegen. Mehr US-Solda-
ten sollen nach Europa verlegt wer-
den. Ein deutliches Signal an den
Kreml. Menschenrechtsverletzungen
Chinas werden jetzt beim Namen ge-
nannt. Ein längst überfälliges Signal
war die Verurteilung des Völkermor-
des an den **Armeniern** vor gut
einem Jahrhundert.

Bidens Moralpolitik ist die Grund-
lage seiner Realpolitik in den USA
und weltweit. ■

ERSTE DOPPELSPITZE

BAYERNSPD Ronja Endres und Florian
von Brunn zu neuen Vorsitzenden gewählt



Führen nun die BayernSPD gemeinsam: Ronja Endres und Florian von Brunn wurden auf dem digitalen Parteitag zur ersten Doppelspitze bestimmt.

Knapper geht es kaum. Mit 146 zu
142 Stimmen haben sich die De-
legierten des digitalen Landes-
parteitags der BayernSPD am 24. April
für die Einführung einer Doppelspitze
entschieden. Damit war auch die Vor-
entscheidung über die künftige Partei-
führung gefallen, da **Ronja Endres** und
Florian von Brunn als Team gegen Ein-
zelbewerber **Uli Grötsch** angetreten wa-
ren. In der folgenden Abstimmung erhiel-
ten Endres 67,7 Prozent der Stimmen und
von Brunn 64,9 Prozent. **Arif Taşdelen**
wurde mit 72,4 Prozent zum neuen Ge-
neralsekretär gewählt. Die bisherige
Landesvorsitzende **Natascha Kohnen**
hatte nach vier Jahren nicht erneut kan-
didiert. „Die Menschen in Bayern müssen
wissen, wofür die BayernSPD steht. Wir
müssen ihnen zeigen, dass wir für sie da
sind und sie sich auf uns verlassen kön-
nen“, sagt Florian von Brunn zu den Zie-
len der neuen Parteiführung. Und auch
für die Mitglieder wollen sie präsent sein.
„Wir werden da sein, wenn Wahlkampf
geführt und Jubiläen gefeiert werden“,
verspricht von Brunn. „Das ist für uns
selbstverständlich.“ ■ **KD**

EUROPA-KONFERENZ

Am 26. Juni veranstaltet die Sozialdemo-
kratische Partei Europas (SPE) in Berlin
eine Konferenz zur Zukunft Europas.
Wegen Corona wird sie hybrid stattfin-
den – einige Teilnehmer werden vor Ort
sein, viele weitere digital zugeschaltet.
SPD-Kanzlerkandidat **Olaf Scholz** wird
eine Rede halten, weitere hochrangige
Gäste und Aktivisten aus Europa
nehmen teil. Am Vortag wird es eine
nicht-öffentliche „Leaders Conference“
mit sozialdemokratischen Regierung-
schefs, EU-Kommissaren und Parteivor-
sitzenden geben. „In Zeiten der Krise
senden wir ein klares Signal für ein
solidarisches Europa“, sagt SPE-Gener-
alsekretär **Achim Post**. Ab 10 Uhr kann
jeder auf pes.eu dabei sein. ■ **KD**

FRAGEN AN SCHOLZ

Wer **Olaf Scholz** schon immer mal die
Meinung sagen wollte, bekommt jetzt
die Gelegenheit dazu. Um Stimmen,
Fragen und Meinungen zum Zukunfts-
programm für die Bundestagswahl
einzufangen, schwärmen in den kom-
menden Wochen Programm-Reporter
aus. Das Besondere dabei: Jedes SPD-
Mitglied kann Reporterin oder Reporter
sein. Wer mitmachen will, sucht sich
einfach einen Punkt aus dem Zukunfts-
programm heraus und fragt jemanden,
der kein SPD-Mitglied ist, was er oder
sie davon hält. Fragen und Kommen-

tare zeichnen die Programm-Reporter
mit dem Handy auf und schicken sie
per „Telegram“ ans Willy-Brandt-Haus.
Dort werden alle Sprachnachrichten
zusammengeschnitten und in einem
moderierten Podcast von Kanzlerkandi-
dat Olaf Scholz beantwortet. Der Podcast
kann dann u. a. auf „Spotify“ angehört
werden. ■ **KD**

Sprachnachrichten per Telegram an
[spd.de/unterstuetzen/messenger](https://www.spd.de/unterstuetzen/messenger)

NEUE AUFGABE



Bremens
Bildungssen-
atorin **Claudia
Bogedan** wird
neue Geschäfts-
führerin der
Hans-Böckler-
Stiftung.
Zum Ende des
Schul- und

Kita-Jahres wird sie ihr Senatsamt
aufgeben. Ab Herbst soll sie dann die
gewerkschaftsnahe Stiftung leiten.
Für die 46-Jährige ist es eine Rück-
kehr: Von 2011 bis 2015 hatte sie dort
die Abteilung Forschungsförderung
sowie das Referat „Erwerbsarbeit im
Wandel“ geleitet, ehe sie der damalige
Bremer Bürgermeister **Carsten Sieling**
in seinen Senat berief. Unter Bogedan
stieg der Bremer Bildungsetat so stark
wie nie zuvor. ■ **KD**

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Erich Henke
ehem. MdB
zum 90. Geburtstag

Willyfried Penner
ehem. Wehrbeauftragter des
Deutschen Bundestags
zum 85. Geburtstag

Klaus Hasenfratz
ehem. MdB
Eike Hovermann
ehem. MdB
Gerhard Schmid
Vizepräsident des
Europäischen Parlaments a. D.
Brigitte Wimmer
ehem. MdB
zum 75. Geburtstag

Seit Anfang des Jahres wurde über einen neuen Tarifvertrag in der Metall- und Elektroindustrie verhandelt. Wie war das in Corona-Zeiten?

Die wichtigste Frage war, ob wir es überhaupt schaffen, in einem vergleichbaren Umfang Beschäftigte zu mobilisieren, wenn sie gar nicht im Betrieb sind. Mit mehr als einer Million Beteiligten an den Warnstreiks hatten wir aber eine mindestens so gute Beteiligung wie in früheren Tarifrunden – wenn auch nicht dicht gedrängt vorm Werkstor, sondern beispielsweise per Video-Livestream. Das Ergebnis wurde von diesem Einsatz wesentlich mitgeprägt.

Ende März gab es einen Pilotabschluss. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Das Ergebnis unterstreicht, dass wir als Gewerkschaft auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig sind. Wir sind mit vier Forderungen angetreten und haben in allen vier Punkten vernünftige Ergebnisse erzielt. Wir haben deutliche Verbesserungen bei der Beschäftigungssicherung erreicht. Wir haben die Vier-Tage-Woche verankert als Möglichkeit, Arbeitsvolu-

men gerechter zu verteilen. Wir haben den Einstieg in Zukunftstarifverträge erreicht und wir wollten Auszubildende, die in dualen Ausbildungsgängen sind, mit in den Tarifvertrag einbeziehen. Zudem galt es, die Realentgelte zu sichern und Einkommen zu stabilisieren. Auch das ist uns gelungen. Insofern passt dieses Tarifergebnis gut in die Zeit.

Ab 2022 wird es ein „Transformationsgeld“ geben. Was ist der Gedanke dahinter?

Wir haben überlegt, wie wir mit Herausforderungen für die Beschäftigten umgehen, die sich aus der Transformation der Branche ergeben. Wir wollen

für Abfederung sorgen, wenn es hier zu Brüchen kommt, Fachkräfte sichern und jungen Menschen eine Ausbildungs- und Übernahme-Perspektive geben. Die Vier-Tage-Woche ist hier ein gutes Beispiel, da sie sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern Vorteile bringt. Das Transformationsgeld eröffnet eine Wahloption und so mehr Freiheiten, die allen helfen. ■ KD

Jörg Hofmann ist Erster Vorsitzender der IG Metall und Co-Vorsitzender der Plattform „Arbeit 4.0“ des Bundesarbeitsministeriums.

DREI FRAGEN AN



JÖRG HOFMANN

» Lassen wir nicht zu, dass die Pandemie, die uns schon als Menschen auf Abstand zwingt, uns auch noch als Gesellschaft auseinander-treibt.«

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident

» Wenn die Pressefreiheit angegriffen wird, verteidigt sie der Staat.«

Dirk Wiese, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

UNSER EUROPA

DIE RUSSISCHE HERAUSFORDERUNG

Die Beziehungen der EU zu Russland sind am Tiefpunkt

Von Kay Walter

Das Verhältnis von Brüssel und Moskau war nie übertrieben gut, aber so lang wie derzeit war die Liste der Kontroversen selten. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nannte schon sein Treffen mit Russlands Außenminister Lawrow im Februar einen „Tiefpunkt der Beziehungen“. Seitdem ist es kontinuierlich noch schlechter geworden.

Der Fall Nawalny ist nur ein Beispiel. Es steht zu hoffen, dass der wohl im staatlichen Auftrag vergiftete Putin-Kritiker die Folgen von Lagerhaft und Hungerstreik überleben wird. Die EU wirft Russland generell Einschränkung der Meinungsfreiheit, Verletzung von Menschenrechten und mangelnde Rechtsstaatlichkeit vor. Tschechien weist aktuell mit Zustimmung der EU-Partner 63 russische Botschaftsmitarbeiter aus. Hintergrund: 2014 soll der russische Geheimdienst ein Munitionslager im Osten Tschechiens gesprengt haben. Die baltischen Staaten erklären sich mit Prag solidarisch, weisen ebenfalls Diplomaten aus.

Problem dabei: Die Haltung ist weder in der EU noch in Tschechien selbst unumstritten. Sowohl der aktuelle Staatspräsident Miloš Zeman als auch sein Vorgänger Václav Klaus verurteilen die Vorwürfe der eigenen Regierung und nehmen dagegen Moskau in Schutz.

So ist es meistens: Viele EU-Politiker bezichtigen Putin aggressiver Kriegstreiber zu sein, ob auf der Krim oder im Donbass, während andere darauf verweisen, nicht nur Russland, auch die NATO führe Manöver nahe der ukrainischen Grenze durch.

Seit Willy Brandts Ostpolitik setzt Deutschland auf Wandel durch Annäherung und Handel. So kann man auch Nord-Stream-2 verstehen. Allein, zur Ostpolitik gehörte immer auch klare Kante in allen Fragen der Menschenrechte. Genau die fehlt heute.

Der Machtmensch Putin misstraut EU und NATO. Dafür hat er Gründe. Die muss man nicht teilen, aber sehr wohl ihre Existenz anerkennen. Kenntnis der anderen Position bei deutlich zu erkennender, konsistenter eigener Haltung sind Grundlage kluger Politik. Auf dieser Basis sollte die EU ihre Russlandpolitik neu justieren. ■



Seminar im WBC: Austausch und gegenseitiges Verständnis fördern

25 JAHRE WILLY BRANDT CENTER

Es begann am 9. April 1996. An diesem Tag unterzeichneten **Ofer Dekel** von der Jugend der israelischen Arbeitspartei Awoda, **Sabri Tomezi** von der palästinensischen Fatah-Jugend und die damalige Juso-Vorsitzende **Andrea Nahles** in Ramallah die Gründungsurkunde für das Willy Brandt Center in Jerusalem. Das WBC sollte den Austausch und die Begegnung junger Menschen aus Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten und Europa fördern – und das tut es bis heute, wenn auch unter zunehmend schwierigen Bedingungen. Am 3. Oktober 2003 wurde das neue Haus oberhalb der Jerusalemer Altstadt eingeweiht. Hier finden u. a. Seminare statt, die die Bildung und das gegenseitige Verständnis junger Menschen fördern. ■ KD

FRIEDENSWANDERUNG

Rund 1,65 Billionen Euro wurden im vergangenen Jahr weltweit für Rüstung ausgegeben. Das hat das Friedensforschungsinstitut SIPRI Ende April mitgeteilt. Um gegen die Aufrüstung zu demonstrieren, veranstalten die „Natur-Freunde“ vom 12. Mai bis 4. Juli eine Friedenswanderung. Von Hannover aus geht es in 52 Etappen bis nach Konstanz. In allen größeren Städten an der Strecke sind Kundgebungen geplant. Eine Teilnahme ist unter Einhaltung der Corona-Maßnahmen jederzeit möglich. ■ KD

VERFASSUNGS-SALON

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, so steht es im Grundgesetz. Im Alltag sieht das jedoch oft anders aus. Am 22. Mai laden die Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen (ASF) und sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) zu einem „Verfassungs-Salon“ ein. Die Diskussion zwischen **Katarina Barley**, Vizepräsidentin des Europaparlaments, und **Nora Markard**, Jura-Professorin an der Uni Münster, kann live auf Facebook verfolgt werden. ■ KD

MEHR FAIRNESS UND SICHERHEIT IM ARBEITSLEBEN

ZEITVERTRÄGE Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge sollen nur noch als Ausnahme erlaubt sein. Dafür muss die Union sich bewegen

Von Saskia Esken, SPD-Vorsitzende und Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister



Erschwerte Lebens- und Familienplanung: Befristungen mit und ohne Sachgrund schaffen besonders für Alleinerziehende, junge Familien und junge Menschen massive Unsicherheiten.

Flexicurity' war ein Schlagwort der frühen 2000er Jahre. Die Hoffnung bestand darin, Flexibilität und Sicherheit zu verbinden. Im Arbeitsrecht hat sich diese Hoffnung nicht bewahrt und ist sogar ins Gegenteil umgeschlagen. Befristete Arbeitsverträge wurden massiv ausgeweitet, sind aber viel zu selten die versprochene Brücke in dauerhafte Beschäftigung. Das galt schon vor der Corona-Pandemie, und das gilt 2020 noch einmal mehr. Inzwischen ist fast die Hälfte aller Neuverträge befristet. Aktuelle Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom April 2021 zeigen dabei, dass nicht einmal jeder dritte dieser befristeten Verträge in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis führte.

Die Folgen der Befristung sind für die Betroffenen oft größer, als man auf den ersten Blick vermutet. Vor allem für junge Menschen bringen sie große Unsicherheit in der Lebensplanung mit sich. Es ist schwerer, eine eigene Familie zu gründen, wenn man beruflich nicht planen kann, ob und wo der nächste Job gefunden wird. Auch langfristiges

gesellschaftliches Engagement fällt oft aus, wenn bereits in einem halben Jahr jobbedingt ein Umzug notwendig ist. Die Banken sind oft skeptisch, wenn man nur einen befristeten Vertrag vorlegt – größere Kredite sind so oft unerreichbar. Sogar Vermieter ziehen die Augenbrauen hoch, wenn der Arbeitsvertrag befristet ist. Und im beruflichen Alltag zeigt sich oft: Wer befristet angestellt ist, hat weniger Verhandlungsspielraum beim Einkommen und tritt seltener für die eigenen Rechte – bspw. bei Überstunden – ein, solange die Hoffnung auf eine Vertragsverlängerung im Raum steht.

Trotz dieser negativen Auswirkungen auf Individuen und Gesellschaft wächst sich die Befristung ohne Sachgrund zum Normalfall aus. Diesen Trend müssen wir brechen. Das fordern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Gewerkschaften immer wieder. Zugleich ist klar, dass es Gründe für Befristungen gibt, auf die wir nicht verzichten können. Wenn ein Mitarbeiter nur für kurze Zeit benötigt wird, zum Beispiel als Elternzeitvertretung, kann man mit diesem Grund befristet einstellen. In der Realität sind

viel zu viele Befristungen jedoch nicht betrieblich bedingt, sondern nur Mittel zur Verlängerung der Probezeit und zur Umgehung des Kündigungsschutzes. Befristungen ohne Begründung öffnen das Tor zur Willkür. Im Jahr 2019 war fast jede zweite Neueinstellung befristet, mehr als die Hälfte davon ohne Sachgrund.

Die Forderungen der SPD

Im Koalitionsvertrag ist deshalb auf Druck der SPD vereinbart, Befristungen deutlich zurückzudrängen. Wörtlich heißt es: „Wir wollen den Missbrauch bei den Befristungen abschaffen.“ Zur Umsetzung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Gesetzentwurf erstellt und ans Kanzleramt geleitet. Kernpunkte sind:

ERSTENS: Sachgrundlose Befristung soll wieder zu der Ausnahme werden, als die sie einst gedacht war. Die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes soll künftig nur noch für die Dauer von 18 Monaten statt bislang zwei Jahren zulässig sein. Bei Arbeitgebern mit mehr als 75 Beschäftigten können nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristet sein. Bei einem Unternehmen mit 80 Mitarbeitern wären das zwei Beschäftigte, bei einem Unternehmen mit 120 Beschäftigten entsprechend drei. Dies muss im Arbeitsvertrag auch konkret schriftlich festgehalten und die Arbeitnehmervertretung einmal pro Quartal über den Stand informiert werden.

ZWEITENS: Für die Befristung mit Sachgrund – zum Beispiel Elternzeitvertretungen oder Auftragsspitzen – gibt es bisher keine Höchstdauer. Das ist absurd. Eine Befristung kann nicht unbefristet gelten. Deshalb soll das künftig nur für maximal fünf Jahre möglich sein. Zudem soll eine erneute Befristung erst nach drei Jahren wieder erlaubt sein. Das dient dazu, Kettenbefristungen zu verhindern. Bisher ist es möglich, die gleiche Person immer wieder neu zu befristen – und ihr eine unbefristete Stelle zu verwehren.

All diese Regeln sollen sowohl für den öffentlichen Dienst als auch die Privatwirtschaft gelten. Damit das Gesetz wie geplant zum 1. Januar 2022 in Kraft treten kann, ist jetzt das Kanzleramt gefragt. Der Gesetzentwurf liegt dort und wartet auf Freigabe zur Ressortabstimmung. Er dient einem großen Ziel: Mehr Fairness und Sicherheit im Arbeitsleben.

Das ist es, was wir der Union in der aktuellen Legislatur abverlangen. In der progressiven Regierung, die Olaf Scholz nach der Bundestagswahl anführen wird, werden wir die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund komplett abschaffen und zudem die Sachgründe für Befristungen kritisch überprüfen. ■

BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE IN DEUTSCHLAND

2,4 Mio.

Menschen waren Mitte 2020 befristet beschäftigt.

6,3 %

aller Beschäftigungsverhältnisse waren Mitte 2020 befristet.

32 %

der befristet Beschäftigten mussten nach Vertragsende Mitte 2020 das Unternehmen verlassen.

QUELLE: INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB)



Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: Er hat einen Gesetzentwurf vorgelegt.



SPD-Vorsitzende Saskia Esken: Sie verlangt Bewegung von CDU und CSU.



Viele hoffen wieder auf einen Festival-Sommer, wenn auch nicht in solchem Gedränge, sondern mit dem notwendigen Abstand.

PRINZIP HOFFNUNG

OPEN FLAIR Musik-Festivals sind nicht nur kommerzielle Events, sondern auch Begegnung. Dafür braucht es jetzt staatliche Hilfe

Von Benedikt Dittrich

Als im Februar große Musik-Festivals wie „Rock am Ring“ oder das „Hurricane“ in Deutschland bereits abgesagt wurden, hielten sich die Veranstalter einiger kleinerer Festivals noch zurück. So auch Alexander Feiertag vom „Open Flair“, das jährlich rund 25.000 Musikfans in die kleine Stadt Eschwege zieht, die gerade mal 20.000 Einwohner hat. Feiertag setzt auf das Prinzip Hoffnung. Denn für die hessische Kleinstadt – einen Steinwurf vom Bundesland Thüringen entfernt – ist das Festival viel mehr als eine Einnahmequelle.

„Der soziale Kitt geht verloren“, sagt Feiertag, „es liegt alles brach“. Feiertag ist nicht nur Geschäftsführer des „Arbeitskreises Open Flair“ sondern auch Vorsitzender der Kulturfabrik, die als Verein Veranstaltungen in der Stadthalle organisiert und als Dachverein für andere Kulturvereine im Werra-Meißner-Kreis fungiert. „Wir haben Angst, dass uns die Community auf allen Ebenen zerfällt“, beschreibt Feiertag die Entwicklungen, die er seit mehr als einem Jahr Pandemie beobachtet. „Es war ein harter Winter.“

Feiertag ist außerdem noch Ortsvereins-Vorsitzender der SPD in Eschwege, seine Sorge um den Zusammenhalt in der Region kommt also nicht von ungefähr. Worüber er aber genauso berichten kann: Es gibt innerhalb der Szene, die eigentlich sehr vielfältig ist, eine große Solidarität – vom Tontechniker bis zum Musiker. Das gelte für die gesamte Branche. „Wir sitzen ja alle im selben Boot.“

Was dazu führt, dass viel möglich gemacht wurde: von Sitzkonzerten im Freien im vergangenen Sommer bis hin zu Streaming-Konzerten mit Online-Publikum. „Aber wir müssen dafür kämpfen, dass wir das finanziert bekommen“, so Feiertag – möglich seien viele Formate nur, weil Beteiligte nur einen Teil der Kosten berechneten.

In Eschwege kommt die finanzielle Unterstützung an, auf die die SPD auf Bundesebene immer wieder gedrungen hatte. „Damit halten wir den Kopf über Wasser“, sagt Feiertag, aber für neue



Wir sitzen ja alle im selben Boot. «

Alexander Feiertag,
Geschäftsführer des „Arbeitskreises Open Flair“

Konzepte und Planungen in der Pandemie gehe man in Vorleistung, „das hat alles keine finanzielle Basis“.

Direkt beschäftigt der Arbeitskreis zwar nur eine Handvoll Leute, im erweiterten Kreis sind es aber mehr als 100 Menschen, die alles drumherum stemmen, vom Ticketshop bis zur Organisation. Während der Festival-Zeit im August kommen sogar mehr als 1500 Menschen zum Einsatz, die aufbauen, helfen, unterstützen: vom Campingplatz am Stadtrand bis zum Backstage-Bereich hinter den Bühnen in der Innenstadt. Es sind Helfer aus dem ganzen Bundesgebiet, viele haben Wurzeln in der Region.

„Wir gehen davon aus, dass irgendetwas gehen wird“, blickt Feiertag optimistisch auf den Sommer. Damit sich diese Hoffnung erfüllen kann, formuliert er eine Bitte an die Politik: Hinhören, mit der Szene sprechen! „Das wichtigste wäre, wieder Veranstaltungen zu ermöglichen.“ Dafür müsse man aber jetzt die Voraussetzungen schaffen, fordert er.

Olaf Scholz hilft mit Fonds von 2,5 Milliarden Euro

Es ist der Wunsch nach einer Perspektive, der in der SPD bereits aufgegriffen wird: Nachdem Kanzlerkandidat Olaf Scholz im April eine Perspektive für eine Öffnungsstrategie ab Ende Mai gefordert hatte, griff auch die Bundestagsfraktion die Forderungen auf. Martin Rabanus, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verlangt eine konkrete Öffnungsstrategie für Kultureinrichtungen im Sommer – und verweist dabei ganz explizit auf einen Sonderfonds für Veranstaltungen.

Für einen solchen Fonds hat das Bundesfinanzministerium von Scholz im Nachtragshaushalt bereits 2,5 Milliarden Euro eingeplant. Wie und wo die eingesetzt werden können, ist noch unklar. Aber die Überlegungen der Fraktion gehen in Richtung der Forderung, die auch Alexander Feiertag hat: Es könnten Veranstaltungen finanziell unterstützt werden, die aufgrund von Corona-Schutzmaßnahmen mit weniger Publikum auskommen müssen und sich deswegen eigentlich nicht rechnen.

Für das „Open Flair“ in Eschwege könnte das bedeuten: Wenn schon kein großes Festival mit 25.000 Besuchern stattfinden kann, dann doch wenigstens kleinere Konzerte – auf Abstand, im Sitzen – wie beim „Insel-Flair“ im vergangenen Jahr, das der Arbeitskreis anstelle des „großen“ Festivals trotz Corona mit viel Engagement aller veranstalten konnte. ■

SOPHIE SCHOLL AUF INSTAGRAM

Am 4. Mai 1942 steigt Sophie Scholl in den Zug und fährt nach München. Dort beginnt sie zu studieren, Biologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität. Ihr Bruder Hans ist hier bereits als Student der Medizin eingeschrieben. Über ihn lernt Sophie Scholl Mitglieder der „Weißen Rose“ kennen, die Aktionen gegen die Herrschaft der Nazis organisieren. Bei einer davon werden Sophie und Hans Scholl am 18. Februar 1943 verhaftet und wenige Tage später hingerichtet.

Was bewegt die damals 21-Jährige, sich den Nazis zu widersetzen? Wie erlebt sie den Zweiten Weltkrieg? Welche Wünsche, welche Hoffnungen hat sie? Diesen Fragen widmet sich die Instagram-Serie „@ichbinsophiescholl“. In die Rolle der Widerstandskämpferin schlüpft dabei die Schauspielerin Luna Wedler, die beginnend mit der Zugfahrt nach München am 4. Mai Videos und Stories in dem sozialen Netzwerk postet. Nutzer sollen so emotional, subjektiv und „in nachempfundener Echtzeit“ an den letzten zehn Monaten des Lebens von Sophie Scholl teilhaben. Grund ist der 100. Geburtstag Sophie Scholls am 9. Mai. „Wir erfahren, was sie denkt, woran sie zweifelt, was ihr Sorgen bereitet“, erklärt Scholl-Biografin Maren Gottschalk, die die Instagram-Serie wissenschaftlich beraten hat. „Es wird die User hoffentlich neugierig machen, mehr über Sophie Scholl zu erfahren und auch über die Zeit, in der sie lebte.“ ■ KD

Den Kanal finden Sie unter [instagram.com/ichbinsophiescholl](https://www.instagram.com/ichbinsophiescholl)



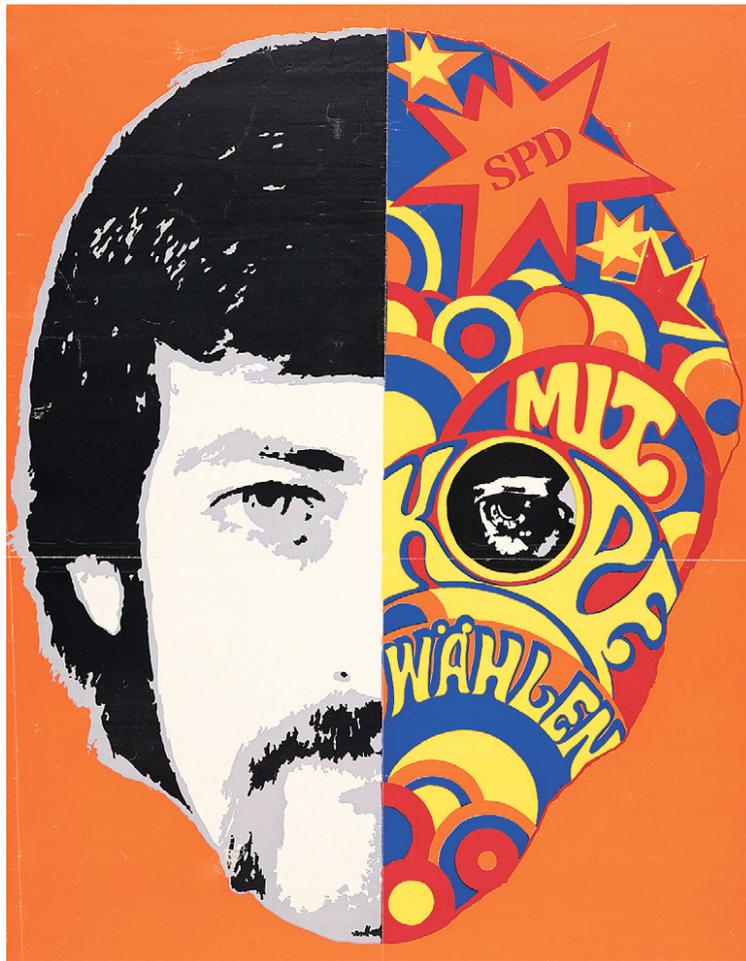
Luna Wedler als Sophie Scholl: Wir erfahren, was sie denkt, woran sie zweifelt.

Im Plenarsaal des Bonner Bundestages trägt die CDU/CSU-Opposition an diesem Tag noch einmal ihre Verfassungsbedenken vor. Als letzter Redner weist der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg die Kritik entschieden zurück. Schließlich stimmt der Bundestag ab. Das Gesetz über die Sozialversicherung der selbstständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz – KSVG) wird am 26. Mai 1981 mit den Stimmen der sozialliberalen Koalition angenommen. „Mit großer Mehrheit!“, jubelt der SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski. Endlich, lässt sich hinzufügen.

Denn der Weg zum KSVG, das am 1. Januar 1983 in Kraft tritt und zur Schaffung der Künstlersozialkasse (KSK) führt, ist weit. Die Vorgeschichte beginnt 1971 unter Bundeskanzler Willy Brandt. Der Bundestag beschließt auf Anregung der SPD-Fraktion von der Bundesregierung einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der künstlerischen Berufe anzufordern. Der Autorenreport, der Schriftsteller, Übersetzer und Journalisten betrifft, liegt 1972 vor. Erst 1975 folgt der Bericht zu den übrigen Künstlerinnen und Künstlern. Das Ergebnis offenbart ihre bedrückende Lage. Durch unregelmäßige Auftragslagen und schwankende Honorare sind Freischaffende meist nicht in der Lage, sich Rücklagen zu schaffen, die sie bei Krankheit und im Alter absichern. Die Einkünfte reichen nicht einmal dafür, freiwillig in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung einzutreten.

Künstler werden benachteiligt

Diesem unhaltbaren Zustand, der der Bedeutung der Kunst nicht angemessen ist und Künstlerinnen und Künstler gegenüber anderen selbstständigen Gewerbetreibenden benachteiligt, nimmt sich die sozialliberale Koalition an. Sie will erstens eine gesetzlich garantierte Kranken- und Rentenversicherung anbieten. Besonders engagiert und hartnäckig arbeiten drei Sozialdemokraten am Jahrhundertwerk: Dieter Lattmann,



Künstler für die SPD: Ein Wahlplakat von W. Aldenhoff aus den 1970er Jahren

EIN ECHTES JAHRHUNDERTWERK

VOR 40 JAHREN Sie ist in dieser Form einmalig in Europa: die gesetzliche Absicherung selbstständiger Künstlerinnen und Künstler bei Krankheit und im Alter. Das Künstlersozialversicherungsgesetz vom 26. Mai 1981 schafft dafür die Grundlagen

Von Thomas Horsmann



Die Väter der Reform: Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg (l.) und die SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann (m.) und Egon Lutz (r.)

Bundestagsabgeordneter und Schriftsteller, Egon Lutz, Bundestagsabgeordneter und Redakteur, sowie Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Ein erster Gesetzentwurf wird von SPD und FDP am 2. Juni 1976 vorgelegt. Er sieht eine Mischfinanzierung der Künstlersozialkasse vor ähnlich der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung für Arbeitnehmer: Die versicherten Künstlerinnen und Künstler zahlen die Hälfte des Beitrags, der Rest wird durch die Verwerter bzw. Auftraggeber sowie staatliche Zuschüsse finanziert.

Die SPD siegt über die Union

Kulturelle Unternehmer und Verwerter protestieren heftig, dass sie für die soziale Absicherung von selbstständigen Künstlern aufkommen sollen. Unterstützt werden sie von der CDU/CSU-Opposition, die für eine „systemkonforme Einbeziehung“ der Künstler in das soziale Sicherungsnetz plädiert. Wie andere Selbstständige auch sollen Künstlerinnen und Künstler freiwillig in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung eintreten und allein Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag zahlen. Erst dann soll der Staat aktiv werden und helfen. Wichtig: Die Verwerter müssten in diesem Szenario nichts zahlen.

Der CDU/CSU-Opposition gelingt es, das Gesetz bis zur nächsten Bundestagswahl 1980 zu verzögern. Doch die sozialliberale Koalition gewinnt, legt das Gesetzesvorhaben erneut vor und verabschiedet es 1981. Die Einwände der Union sind unverändert, doch ihre Verfassungsklage bleibt erfolglos.

Seither sind die Verwerter, die wirtschaftlichen Nutznießer künstlerischer Arbeit, an der Finanzierung der rechtlich selbstständigen Leistungserbringer beteiligt, eine Regelung, die einmalig in Europa ist. Schon im ersten Jahr ihres Bestehens sichert die KSK 12.000 freie Künstlerinnen und Künstler ab, 2020 sind es 192.000. Und ganz aktuell: Ohne die KSK würde die Corona-Krise die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler noch viel härter treffen. ■

FOTOS: MUSEUM FOLKWANG ESSEN – ARTOTHEK (PLAKAT: W. ALDENHOFF); IMAGO-IMAGES (2); PRIVAT

VORWÄRTS-IMPRESSUM

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht

Herausgeber: Lars Klingbeil **Redaktionsadresse:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, Fax 030/25594-192, E-Mail: redaktion@vorwaerts.de **Chefredakteurin:** Karin Nink (V.i.S.d.P.) **Redaktion:** Kai Doering (stellv. Chefredakteur); Lars Haferkamp (Textchef); Dagmar Günther (CvD); Vera Rosigkeit, Jonas Jordan, Benedikt Dittrich; Julia Korbik (freie Mitarbeit)

Fotografie, Bildredaktion und Titelgestaltung: Dirk Bleicker **Layout:** Jana Schulze

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg **Anzeigen:** ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Thomas Mühlnickel (Geschäftsführung), Kerstin Böhm, Simone Roch, Henning Witzel; Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 44 vom 1.1.2021 **Vertrieb:** ASK, Stefanie Martin, Tel. 030/7407316-61, s.martin@ask-berlin.de

Litho: metagate GmbH **Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Abonnement: IPS Services GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; bei Bestellung Inland: Jahresabopreis 13,20 Euro; für Schüler/Studenten 10,80 Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabopreis 13,20 Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden).

Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BIC BELADEVXXX, IBAN DE67 1005 0000 0190 5279 94

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.



Der gesuchte Sozialdemokrat 1971 mit dem hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald.

WER WAR'S?

Er erkannte die Gefahr einer »Totalüberwachung im Computerzeitalter« bereits in den 1960er Jahren

Von Lothar Pollähne

Am 13. Oktober 1970 tritt das hessische Datenschutzgesetz in Kraft, das erste seiner Art weltweit. Verfasst hat es der Leiter der Staatskanzlei aus „Angst vor der Totalüberwachung im anbrechenden Computerzeitalter“. Geboren wird er am 12. Januar 1913 in eine sozialistisch ausgerichtete Familie. Schon während seiner Schulzeit wird der junge Mann 1930 Mitglied der SPD. Nach dem Abitur absolviert er eine Lehre und wird für verschiedene Firmen als Fremdsprachenkorrespondent tätig.

Seit 1934 arbeitet er im Untergrund für die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). 1938 wird er von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Kriegsteilnahme im „Strafbataillon 999“ und Gefangenschaft in Albanien kehrt er 1946 nach Frankfurt zurück. 1949 wird er in den Bundestag gewählt, dem er bis 1964 angehört. Parallel dazu sitzt er seit 1952 im Europäischen Parlament. 1962 macht er Schlagzeilen mit einem Report, der die Mitgliedschaft in der EWG an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie knüpft. Damit wird das faschistische Spanien vorerst ausgeschlossen.

Von 1954 bis 1958 ist der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd Mitglied des SPD-Bundesvorstands, zieht sich aber zurück, weil er sich mit seinen reformsozialistischen Ideen für das Godesberger Programm nicht durchsetzen kann. Als Leiter der hessischen Staatskanzlei trifft er 1964 eine folgenschwere Entscheidung und stellt Christel Guillaume als Büroleiterin ein. Am 8. Juni 1971 wird er in Hessen zum weltweit ersten Datenschutzbeauftragten ernannt. ■

Unter allen Einsendern verlosen wir eine vorwärts-Tasche. Bitte schicken Sie das Lösungswort mit dem Stichwort „Wer war's“ bis 12. Juli 2021 per Post oder per E-Mail an: redaktion@vorwaerts.de

HISTORISCHES BILDER-RÄTSEL

Die Lösung des Bilder-Rätsels aus der vergangenen Ausgabe lautet: **MANFRED STOLPE**
Die vorwärts-Tasche hat gewonnen:

Hertha Barth-Amelung
24619 Bornhöved



Die Lösung des jüngsten Preisrätsels lautet: **RINGE**
Gesucht wurden außerdem: **GEORG** und **SINGEN**
Jeweils ein Buch gewonnen:

Annette Lütke
32791 Lage

Thomas Lukaszczuk
29229 Celle

Gunhild Reusch
51558 Nümbrecht

Peter Holst
14974 Ludwigsfelde

Gisela Uecker
21423 Winsen

Uwe Schwarz
79285 Ebringen

Birgit Gehrken
90408 Nürnberg

Werner Weissmann
67136 Fußgönheim

Erika Wimmer
84489 Burghausen

Udo Waschelitz
33790 Halle

KREUZWORTRÄTSEL

Die Fragen und das Kreuzworträtsel darunter ergeben die Lösung.

Schon ihre Eltern... waren in der SPD aktiv, sie selbst seit 1945. Ab 1957 gehörte sie mehr als 20 Jahre dem Deutschen Bundestag an. Dieses Jahr wäre sie 100 Jahre alt geworden. Ihr Vorname?

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Geboren und aufgewachsen... ist sie in einer Stadt, in der Beweise eines 2.000 Jahre alten römischen Militärlagers entdeckt wurden. Die Stadt, die für Tabak und Leinen bekannt war, wurde 1214 erstmalig erwähnt.

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

ES GIBT ZWEI WEGE, DAS PREISRÄTSEL ZU LÖSEN:

Ratefüchse beantworten zuerst die beiden Fragen. Der erste und dritte Buchstabe des ersten Lösungswortes sowie die letzten zwei Buchstaben des zweiten Lösungswortes ergeben in der richtigen Reihenfolge die Lösung. Es geht aber auch einfacher: **Die grauen Felder im Kreuzworträtsel ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort.** Gesucht wird ein Begriff, der nicht nur in der Landwirtschaft von Bedeutung ist.

1	2	3	4
---	---	---	---

1	2	3		4	5		6		7		8
9				10							
11			12				13	14		15	
					16	17					
18		19	20								
				21			22		23		24
25	26		27					28			
29						30					
			31								
32		33				34		35		36	
37			38					39			
		40				41					
42								43			

WAAGERECHT

- 1 Salatkraut
- 6 Muse der Liebesdichtung
- 9 abgeschaltet, nicht an
- 10 gälischer Name Schottlands
- 11 Bratgefäß
- 13 Händeauflegen als Heilkunst
- 16 nach etwas kommend
- 18 vage, unpräzise
- 21 afrikanisch-asiatisches Horntier
- 25 emotional ausgewählt

28 deutsche politische Partei (Abkürzung)

- 29 Gesichtsfärbung
- 30 Ordnungssystem
- 31 Name Gottes im Islam
- 32 heftiger Windstoß
- 34 ital. Wallfahrtsort
- 37 niederländische Provinzhauptstadt am Rhein
- 39 Nadelloch
- 40 landwirtschaftliches Anwesen
- 41 Baumteil
- 42 die Fenster öffnen
- 43 tiefer Gram, Kummer

SENKRECHT

- 1 Landspitze, -zunge
- 2 sich laut bemerkbar machen
- 3 Europäische Weltraumorganisation
- 4 Fluss zur Weichsel
- 5 Dickhäuter, Rüssel-tier
- 6 engl. Adelstitel: Graf
- 7 Opersologesang
- 8 römischer Dichter
- 12 zu keiner Zeit
- 14 einerlei; gleichartig
- 15 Bergmann; Ritterbegleiter
- 17 ugs. für unmodern (engl.)
- 18 Rand eines Gewässers

19 US-Filmstar (Richard)

- 20 Stelle des vordersten Fingergliedes
- 22 Bundesstaat der USA
- 23 Nebenmeer des Atlantiks
- 24 Herausgeber
- 26 Hubschrauberflügel
- 27 griech. Buchstabe
- 30 ungarischer Operettenkomponist (Emmerich)
- 32 größere festliche Tanzveranstaltung
- 33 Platzmangel
- 35 dt. Autor (Eugen)
- 36 altnord. Donnergott
- 38 Hornschuh des Pferdes

Die richtige Lösung schicken Sie bitte bis zum 12. Juli 2021 per Post an vorwärts, Postfach 610322, 10925 Berlin oder per E-Mail an raetsel@vorwaerts.de. Bitte Absender nicht vergessen und ausreichend frankieren! Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher.

MEHR SCHEIN ALS SEIN ODER DER RIESE UND DIE HEILIGE

KANZLERKANDIDATEN Haben Armin Laschet und Annalena Baerbock das Zeug zur Kanzlerschaft? Je näher ich hinschaue, umso mehr wachsen meine Zweifel
Von Martin Kaysh

Zur Sicherheit sollte der SPD-Parteivorstand möglichst bald die Bücher offenlegen. Nicht, dass irgendjemand behauptet, Markus Söder werde aus dem Willy-Brandt-Haus bezahlt, um möglichst großen Schaden bei der CDU anzurichten. Das tut er aus freien Stücken und mit einer Fiesheit, die selbst in den zerstrittensten linken Gruppen durch so was wie Restsolidarität abgefedert wird.

Mit Sicherheit findet sich auch ein Verschwörunganhänger, der in seinem kraftvollen Nachtreten eine Strategie sieht. Die einen wählen Armin Laschet dann aus Mitleid, die anderen den fränkischen harten Hund, weil er eben einer ist aus der CSU-Abteilung „Mir san mir“.

Meine bayerische Verwandtschaft unterdessen zweifelt in Telefonaten an unserem Geisteszustand nördlich des Weißwurstäquators. Anders kann sie sich diese Begeisterung für Söder nicht erklären.

Ebenso gerne fordere ich politisch Interessierte außerhalb von NRW auf, eine beliebige Nummer mit der Vorwahl 0221 bis 0521 zu wählen, um irgendjemanden zwischen Köln und Bielefeld nach Armin Laschet zu befragen. Man glaubt es kaum, der Nachfahre Karls des Großen ist der Herr Turtur der Politik. Herr Turtur, der Scheinriese aus Jim Knopf, strahlt aus der Ferne und schrumpft, je näher man ihm kommt.

Früher hätte die widerliche CDU/CSU-Maskenaffäre Wählerinnen und Wähler in Scharen zur SPD getrieben. Heute ist man froh, dass sie nicht direkt zur AfD marschieren.

Im Gegensatz dazu strahlen im Moment die Grünen samt ihrer Jungheiligen Annalena Baerbock. Sie redet wie einst Margot Kaeßmann, nur ohne Halleluja, dafür mit Heiligenschein, den ihr Journalistinnen und Journalisten gerne anknipsen. Zugegeben, ich hatte mich lange auf den Posterboy Robbi Habeck



»
Der
Nachfahre
Karls des
Großen
ist der
Herr Turtur
der Politik.«

Martin Kaysh

fokussiert. So war mir die Mitvorsitzende kaum aufgefallen. Neugierig machte mich jetzt die Behauptung, sie verfüge über wahnsinniges Faktenwissen und sei stets akribisch vorbereitet.

Dann kam jedoch die verspätete Krönungsmesse auf ProSieben, abends nach der wenig basidemokratischen Ernennung zur Kanzlerkandidatin. Zwischen allen Ergebnissadressen rutschte dem Interviewer auch eine Frage raus: „Wie viel ist denn ein gutes Gehalt für Pflegerinnen?“, fasste er nach. Was soll ich sagen? Soviel „äh“ wie anschließend war lange nicht im deutschen Fernsehen. Annalena Baerbock stoßerte sich über 134 Wörter durchs tiefe Tal des Unwissens, ahnungslos und antwortfrei: „Aus meiner Sicht geht es auch um eine Entlohnung“

Das hätte ich nicht gedacht, wissen wir seit 2020 doch, dass Pflege mit Applaus vom Balkon bezahlt wird. Applaus gab es auch für die Frischgekurte am Ende der Übertragung von den Interviewern. Da schämte sich jeder zufällig zuschauende Beitragszahler der Öffentlich-Rechtlichen in Grund und Boden. Mich aber tröstete das. Wie lange so ein Klatschen hält, sagt dir gerne jede Pflegekraft im Seniorenheim nebenan. ■



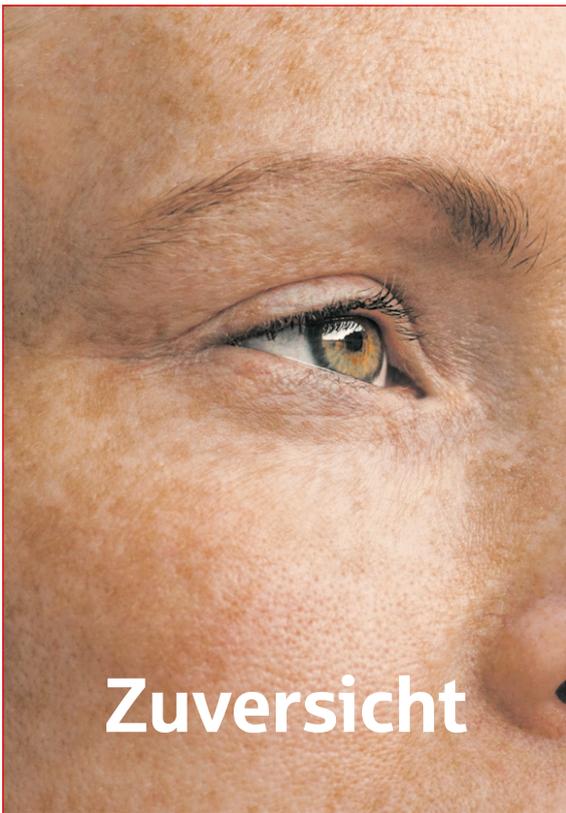
Martin Kaysh
ist Kabarettist,
Alternativkarnevalist
(„Geierabend“) und
Blogger. Er lebt im
Ruhrgebiet, freiwillig.

ILLUSTRATION: CHRISTINA BRETSCHNEIDER; FOTO: STANDOUT



Heiko Sakurai
ist Karikaturist und
gebürtiger Ruhrpottler,
lebt aber in Köln, auch
freiwillig.

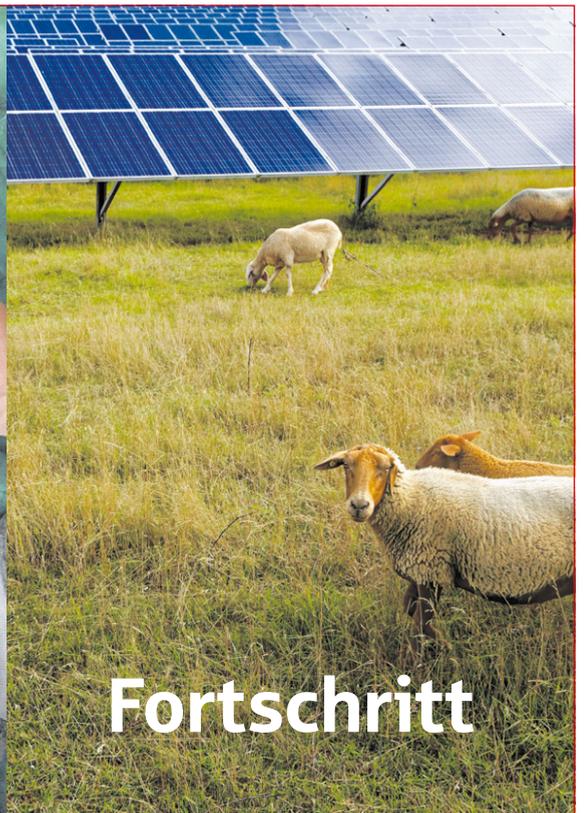




Zuversicht



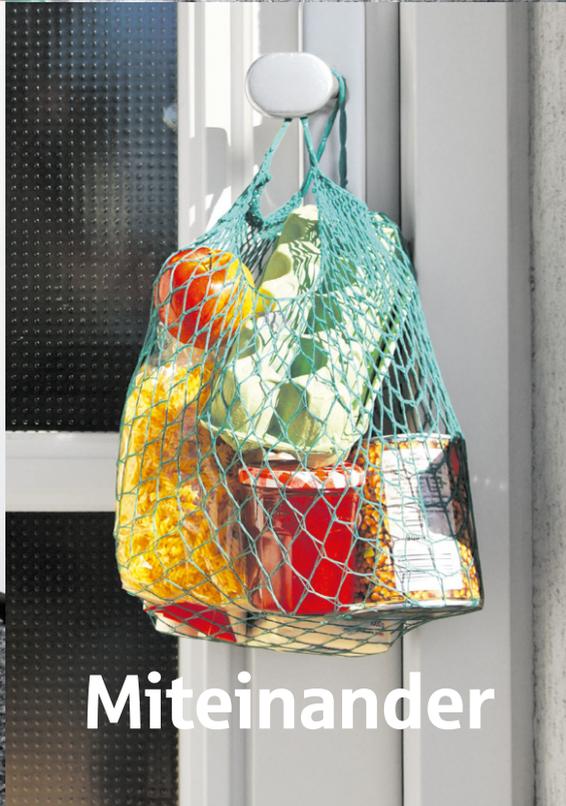
Chancen



Fortschritt



Freiraum



Miteinander



Stabilität

**Weil's um
mehr als
Geld geht.**

Seit unserer Gründung prägt ein Prinzip unser Handeln: Wir machen uns stark für das, was wirklich zählt. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle. Für eine ressourcenschonende Zukunft. Für die Regionen, in denen wir zu Hause sind.
Mehr auf [sparkasse.de/mehralsgeld](https://www.sparkasse.de/mehralsgeld)



Sparkasse

Designer-Qualität im 5er Pack!


OTTO KERN

**Große
Größen
bis 4 XL**
*Formstables
Gewebe*

**5er Pack
Rundhals-
Ausschnitt**

★★★★★
Das sagen Kunden:
„Sehr gutes Preis-
Leistungs-Verhältnis!“
Bester Tragekomfort, sehr bequem,
gute Passform, angenehm!
Mehr Bewertungen online


**5er Pack
V-Ausschnitt**

- Weiches, formstables Jersey-Gewebe aus 100% Baumwolle
- Bequemer Regular-fit-Schnitt
- Pflegehinweise:

Größen
M L XL XXL 3 XL 4 XL

UVP*-Preis 75,-
Personalshop-Preis 29,99
NEUKUNDEN-PREIS
€ 22,49
Sie sparen € 52,51 gegenüber dem UVP*

BESTELLSCHEIN D30555 mit 30 Tage Rückgaberecht
Bestellen leicht gemacht!
bestellen@personalshop.com

 0 69 / 92 10 110
FAX 069 / 92 10 11 800

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
	62.242.051		5er Pack Herren Rundhals-Shirts, weiß	€ 22,49
	62.242.048		5er Pack Herren V-Shirts, weiß	€ 22,49

 Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geb. Datum:

E-Mail:

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30555** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

25%
**Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!**

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an:
Personalshop
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.**
5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com